

neuer Webauftritt
www.CBGnetwork.org

STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Nr. 3/2005 23. Jahrgang

TITEL:

Menschenversuche in Auschwitz
Ein BAYER-Opfer klagt an

WEITERE THEMEN:

- BAYER gewinnt die NRW-Wahl
- Das Ende der BAYER-Familie
- Pestizidtests an Menschen

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFahren e.V.



Danke Berndt A. Skott!!

Berndt A. Skott ist einer der ganz großen Karikaturisten. Vertreten in *Focus*, *Berliner Zeitung*, *Kölner Stadtanzeiger* und vielen anderen Zeitungen und Zeitschriften. Skott gehört zu unseren MäzenatInnen und fördert seit vielen Jahren die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. Für jede Ausgabe von *Stichwort BAYER* liefert er kostenfrei eine Exklusiv-Karikatur. Um uns in unserer Not zu helfen, hat Berndt A. Skott mit seiner Karikatur „Gefahr zu keiner Zeit“ eine Soli-Tasse gestaltet.



Gleich bestellen - solange der Vorrat reicht.
Soli-Preis 8,50 Euro zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung.

CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
eMail: CBGnetwork@aol.com # Fon 0211 - 26 11 21 0 # Fax 0211 - 26 11 22 0

Inhalt

- 4 Die NRW-Wahl**
Schwarz-Gelb auf BAYER-Kurs
- 6 Brunnenvergifter als Wasserretter**
BAYERs Greenwashing-Offensive
- 10 Die Geschichte der BAYER-Familie**
CBG-Jahrestagung zum Sozialbau
- 16 USA verbieten BAYER-Antibiotikum**
BAYTRIL-Kampagne erfolgreich
- 18 Menschenversuche in Auschwitz**
Ein KZ-Opfer klagt an
- 23 BiolandwirtInnen verklagen BAYER**
Multi soll für Genschäden haften

- 24 Test the Pest**
Grünes Licht für Menschenversuche

Rubriken

- 3 Editorial**
- 5 CBG bei der Arbeit**
- 7 Echo**
- 17 Au weia, BAYER!**
- 22 O-Ton BAYER**
- 26 Promis gegen Profit**

Mehr als
25.000
Zugriffe
wöchentlich.
www.CBGnetwork.org



Julie Newman, lebt in Newdegate/West Australien. Auf ihren Feldern baut sie Raps und Getreide an.

Liebe Leserinnen und Leser,

Ich bin Sprecherin des NETWORK OF CONCERNED FARMERS, in dem LandwirtInnen aus ganz Australien zusammengeschlossen sind. Seit vielen Jahren beschäftige ich mich mit der Agrarpolitik. Noch nie jedoch habe ich eine Entwicklung erlebt, die so unfair und korrupt verläuft wie die Einführung von gentechnisch verändertem Saatgut. Gesetze und „fair play“ werden ignoriert, damit die Forderungen multinationaler Konzerne wie BAYER CROPSCIENCE und MONSANTO reibungslos umgesetzt werden können.

Vormals angesehene Wissenschaftsorganisationen wurden durch Spenden der Industrie beeinflusst. LandwirtInnen werden bewusst in die Irre geführt, indem Neuentwicklungen, die nichts mit der Gentechnik zu tun haben, als Vorteile von genmanipuliertem Saatgut ausgegeben werden. Die australischen Landwirtschaftsverbände werden von den großen Unternehmen heftig umworben, unter anderem durch Sponsoring von Kongressen sowie durch lukrative Anzeigen.

Die Gentech-Konzerne drängen in Australien auf einen großflächigen Anbau von herbizid-resistentem Raps - hauptsächlich um den Absatz ihrer Pestizide zu sichern. Da Rapspollen große Strecken zurücklegen können, droht hierdurch die Kontamination von herkömmlich produziertem Raps. Sowohl der Ökolandbau als auch konventionell arbeitende LandwirtInnen würden ihre Absatzmärkte verlieren, denn in weiten Teilen der Welt werden gen-freie Produkte gewünscht. Schon kleine Verunreinigungen würden dazu führen, dass unsere Exporte als „gentechnisch verändert“ deklariert würden.

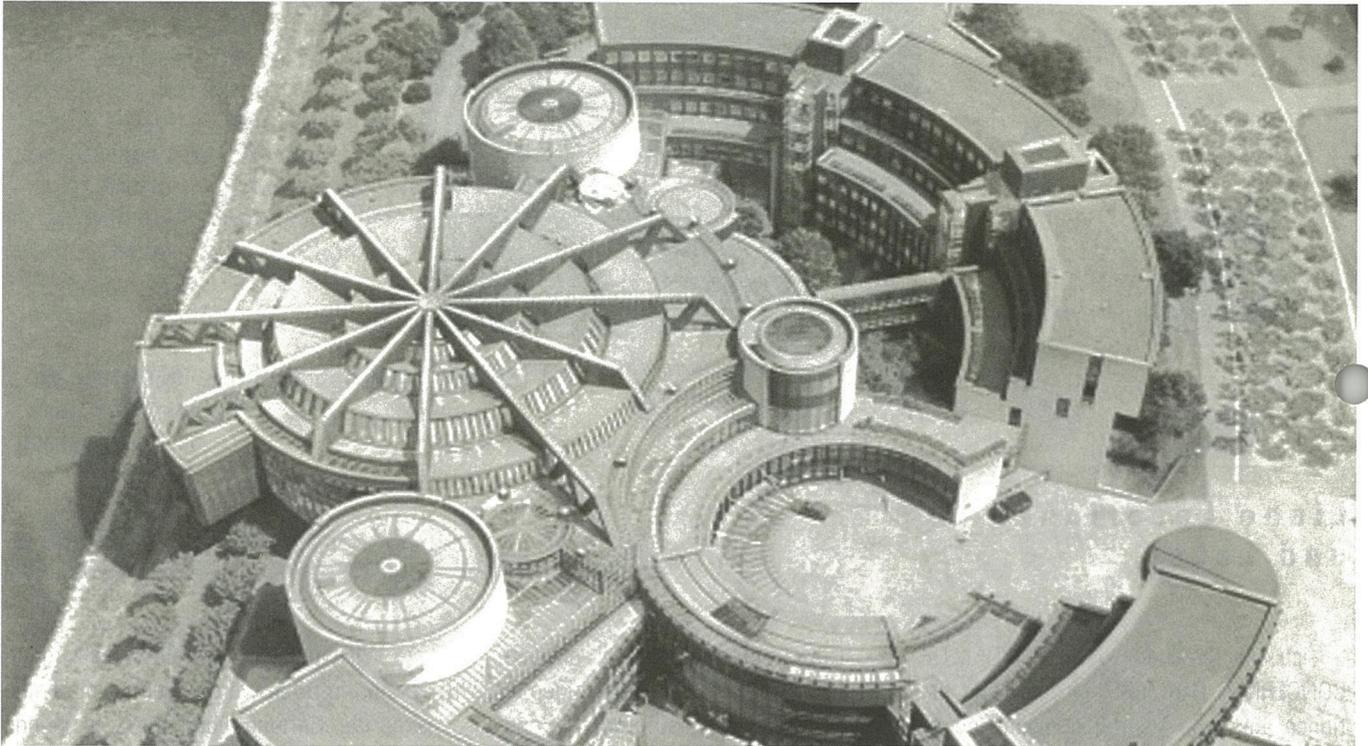
Nun ist der Ernstfall eingetreten: Mitte Juli wurde in einer für den Export nach Japan vorgesehenen Raps-Lieferung die von BAYER CROPSCIENCE hergestellte genveränderte Raps-Sorte „Topas 19/2“ gefunden. Japan besteht auf routinemäßigen Kontrollen, um Gentechnik-Freiheit garantieren zu können. Wir als Landwirte müssen diese Gentechnik-Freiheit zusichern. Die Lieferung wurde gestoppt.

Wir wussten, dass dieser Fall irgendwann eintreten würde. Nun ist die Frage, wer die Haftung übernimmt. In keinem Fall darf es die mit konventionellem Saatgut arbeitenden LandwirtInnen treffen. Wir brauchen und möchten keine Genpflanzen.

Die landwirtschaftlichen Exporte Australiens liegen bei mehreren Milliarden Dollar, diese sind in Gefahr. Der BAYER-Konzern muss wissen, dass wir den Verlust von Märkten oder Kosten für zusätzliche Tests nicht hinnehmen werden. Das Unternehmen muss die volle Haftung übernehmen. Wir lassen uns das saubere, gen-freie Image, das australische Produkte genießen, nicht von BAYER zerstören. Die Politik muss strikte Haftungsregeln einführen, damit der Verursacher für den Schaden aufkommt, nicht die Betroffenen.

Neue NRW-Regierung:

Schwarz-Gelb auf BAYER-Kurs



Düsseldorfer Landtag

Nur eine rot-grüne Regierungskoalition hat Kriegseinsätze der Bundeswehr und drastische Sozialkürzungen beschließen können, ohne die innere Sicherheit durch Massenproteste zu gefährden. Aber jetzt hat sie für BAYER & Co. ihre Schuldigkeit getan. In Nordrhein-Westfalen, dem Homeland des Chemie-Multis, begann mit dem Wahlsieg von Jürgen Rüttgers der Anfang vom Ende für Rot-Grün.

Von Hubert Ostendorf

Die neue schwarz-gelbe NRW-Landesregierung hat, wie nicht anders zu erwarten, einen noch industrie-freundlicheren Kurs eingeschlagen. Nicht zuletzt der BAYER-Konzern als größtes Chemie-Unternehmen im Land kann sich darüber freuen. Mit dem Bauern Eckhard Uhlenberg haben die Christdemokraten in der Umweltpolitik endlich wieder einen Bock zum Gärtner gemacht. Der neue Umwelt- und Landwirtschaftsminister doziert wie aus einem Strategiepapier der Leverkusener Zentrale: „Sinnvolle Investitionen sollen nicht mehr von einer restriktiven Umweltpolitik blockiert oder verhindert werden.“ Die rot-grüne Vorgänger-Regierung habe den Umweltschutz als Wachstumsbremse in

Misskredit gebracht. Ganz im Sinne von BAYER dürfte auch sein, dass die neue Landesregierung die Gentechnik in der Landwirtschaft weiter stärken will. Um die Chancen der Gentechnik auf dem Acker zu verbessern, will die Landes-CDU eine bundesweite Änderung des Haftungsrechts erwirken. Nach der bisherigen Regelung haften LandwirtInnen für Schäden, die durch Pollenflug gentechnisch veränderter Pflanzen entstehen. Ohne Änderung werde sich kein deutscher Landwirt an diesen Bereich, der europaweit enorme Zuwächse verspreche, heranwagen, so Uhlenberg. Er schlägt daher einen Haftungsfonds vor, in den Staat und Industrie einzahlen.

Nur logisch, dass Rüttgers Club darüber hinaus plant, das ohnehin nur schlecht verankerte Klagerecht von Verbänden einzuschränken. Die Grünen sehen darin schon jetzt einen „Angriff auf den Naturschutz und die Mitwirkungsrechte der Naturschützer“.

Rückwärts gerichtet sind auch die schwarz-gelben Vorstellungen zur Massentierhaltung: Den „Schweinehaltungserlass“, der den Tieren in den Ställen ein Mindestmaß an Würde garantieren will, hat Uhlenberg als „Arroganz pur“ gebrandmarkt und sofort gestoppt, weil er angeblich weit über EU-Recht hinausgehe. Die Massentierhaltung dürfte künftig also noch massiver werden - und die

damit verbundenen Krankheiten auch, was wiederum die Absatzchancen für BAYERs Veterinärprodukte erhöht.

Auch beim Hochwasserschutz und den erneuerbaren Energien vertritt Uhlenberg Konzern-Interessen. Überschwemmungsgebiete für den Rhein sollen wieder landwirtschaftlich genutzt werden. „Ein Restrisiko bleibt immer“, so Uhlenberg dreist. Auch gegen die vermeintliche „Verspargelung der Landschaft“ durch Windkraftanlagen zieht er zu Felde und macht sich damit eine BAYER-Position zu Eigen. Der Konzern kämpft nämlich schon seit Jahren gegen Windräder. „So sollten wir uns fragen, ob es tatsächlich sinnvoll ist, Windkraftträder bis 2010 mit zehn Milliarden Euro zu subventionieren - eine erwiesenermaßen ineffiziente Energie-

Ganz im Sinne von BAYER dürfte auch ein, dass die neue Landesregierung die Gentechnik in der Landwirtschaft weiter stärken will

quelle“, mahnte BAYER-Chef Werner Wenning auf der diesjährigen Hauptversammlung des Unternehmens. Und der ehemalige Leiter des Brusbütteler Werkes, Willy Schiwy, hat sogar schon einmal genau ausgerechnet, dass den Chemie-Multi die Windrad-Förderung über das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) 2,5 Millionen Euro im Jahr kostet.

Obwohl der neue Minister auf seiner heimischen Scholle selbst eines stehen hat, beabsichtigt er, die Vorschriften zur Errichtung neuer Windkraftanlagen im bevölkerungsstärksten Bundesland deutlich zu verschärfen. Als flankierende Maßnahme will sein fürs Bauen zuständiger Ministerkollege Oliver Wittke in Berlin gegen die „Überförderung“ der Windenergie durch das EEG Stimmung machen.



Dr. Jürgen Rüttgers

„Ganz im Sinne des Energie-Riesen RWE, der dieses Regelungswerk schon seit vielen Jahren vehement bekämpft. Nach einer Berechnung des Essener Konzerns, welche die Landesregierung unverblümt übernimmt, werden nach dem EEG derzeit rund neun Cent pro ins Netz eingespeister Kilowattstunde vergütet und auf den Strompreis umgelegt. Dass Schwarz-Gelb die Förderung der Windkraft nun zurückfährt, passt auch zu ihrer Ankündigung, im Falle eines Wahlsiegs im Bund die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern.

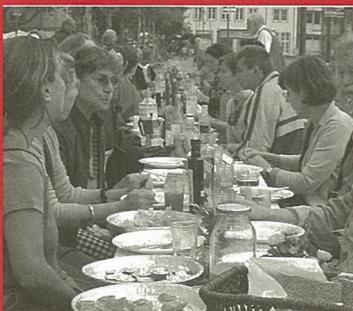
Ganz im Sinne von BAYER & Co. agiert die liberal-konservative Koalition auch in ihrer Chemiepolitik. Bei der Ablehnung der geplanten Chemie-Richtlinie der europäischen Union (REACH), die Tausende niemals getestete Substanzen erstmals auf ihre gesundheitlichen Risiken hin untersuchen will, stützt sich Uhlenberg geradezu auf die Vorgaben des Leverkusener Chemiemultis. Seit Jahren bekämpft die Chemie-Industrie, BAYER vorneweg, diese Neuregelung im Interesse des VerbraucherInnenschutzes. REACH müsse deutlich abgespeckt werden, sagt NRW-Europaminister Michael Breuer (CDU) und übernimmt das demagogische Zauberwort

der Industrie: „Die Chemie-Politik REACH darf nicht zu einem Jobkiller werden.“ Die Richtlinien, die nach den bisherigen Planungen 2007 in Kraft treten soll, wünscht sich Breuer „pragmatisch, praxisgerecht und kosteneffizient“. Und der Europa-Minister ist zuversichtlich, dass das EU-Parlament einen Kompromiss findet, der auch „von den betroffenen Betrieben mitgetragen werden“ könne. Dies bedeutet die Abkehr von den ursprüngliche Zielen des REACH-Projektes, das anstrebte, Gefahrenpotenziale von Chemikalien in Bau- und Werkstoffen, Nahrungsmitteln und Textilien zu untersuchen. BAYER ist in fast allen dieser Bereiche tätig und wird sich freuen. Auf den Konzern und die gesamte Unternehmerschaft trifft offensichtlich nicht zu, was Ministerpräsident Jürgen Rüttgers als Leitlinie seiner neuen Politik herausgegeben hat: „Jeder muss Opfer bringen.“

CBG protestiert gegen Konzernmacht

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) protestiert gegen die neue Umwelt- und Industriepolitik der schwarz-gelben Landesregierung. CBG-Vorstandssprecher Axel Köhler-Schnurra: „Die Konzerne setzen rücksichtslos ihre Profitinteressen durch und gefährden damit die Umwelt sowie die Interessen der ArbeitnehmerInnen. Wir fordern eine umwelt- und arbeitnehmerfreundliche, menschengerechte Politik unter demokratischer Kontrolle.“ Wir bitten alle LeserInnen von *Stichwort BAYER*, gegen die industriefreundliche Politik zu protestieren. Postkarte oder E-mail an die CBG, wir leiten die Kritik an die Landesregierung weiter.

CBG bei der Arbeit



Essen gegen BAYER

Am 11. September fand die bundesweite Aktion „tafeln! für Bio - gegen Gentechnik“ statt. An 118 Orten kamen AktivistInnen zu einer Mahlzeit aus ökologischen Lebensmitteln zusammen und protestierten genüßlich gegen das Genfood von BAYER & Co. Allein in Berlin folgten 6.000 Menschen dem Aufruf des BUNDES FÜR ÖKOLOGISCHE LEBENSMITTELWIRTSCHAFT und anderer Verbände. Für die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) kochte und aß am Kölner Heumarkt Geschäftsführer Philipp Mimkes mit und fand zwischen den einzelnen Gängen noch genug Zeit, um Interessierte über den Gen-Giganten BAYER zu informieren.

Kooperation von BAYER und National Geographic

Wasserschutz: Bock zum Gärtner

250.000 Euro zur Erforschung des Trinkwasserschutzes stellen der BAYER-Konzern und National Geographic zu Verfügung. Mit dem Griff in die Portokasse gelingt es dem Unternehmen einmal mehr, sich als „Partner für den Umweltschutz“ zu präsentieren. Risikoreiche BAYER-Produkte werden im Rahmen des Projekts selbstredend nicht untersucht – und National Geographic gibt sich auch auf Nachfrage als willfähriger Konzernbüttel.

Von Philipp Mimkes

„Greenwashing“ heißt die Strategie großer Firmen, sich durch Musterprojekte und Spenden in's rechte Licht zu rücken. Gerade Bereiche, in denen das betreffende Unternehmen in der Kritik steht, sollen hierdurch positiv besetzt werden: MCDONALD'S fördert Programme gegen Fettleibigkeit von Kindern, SHELL baut ein Solarkraftwerk, CHIQUITA finanziert Projekte zur Artenvielfalt, und BP macht sich - vorgeblich - für den Klimaschutz stark. Zu den Meistern des Greenwashings gehört der Leverkusener BAYER-Konzern. Bereits in den 70er Jahren lautete das Motto des Unternehmens „Bayer forscht für den Umweltschutz“, das Logo der Firma bestand aus einem grünen Blatt. Das funktionierte so lange, bis der Konzern 1983 vor dem Rotterdamer Wasser-

tribunal wegen fortwährender Wasserverschmutzung verurteilt wurde. Die niederländische Regierung drohte, den Slogan „Bayer forscht für den Umweltschutz“ wegen Irreführung zu verbieten, weswegen BAYER das Firmensignet vorsichtshalber ganz ausmusterte.

Bei der Schaffung von Musterprojekten beweist BAYER großen Einfallsreichtum: Führt der massenhafte Einsatz des Tierantibiotikums BAYTRIL zur Vermehrung resistenter Keime - kein Problem: BAYER zieht zwar nicht das Präparat vom Markt, startet aber das „Aktionsprogramm Libra gegen die Verbreitung von Antibiotikaresistenzen“ und finanziert jedes Jahr einige Konferenzen zum Thema. Steht BAYER in der Kritik, weil der Konzern aus Kostengründen die tropenmedizinische For-

schung einstellt - so spendet das Unternehmen Medikamente an die WHO. Bedrohen Altpestizide des Konzerns Millionen Menschen in Ländern des Südens, beteiligt sich BAYER öffentlichkeitswirksam an der Sanierung eines (!) Pestizidlagers in Pakistan. Infizieren BAYER-Präparate Tausende Bluter mit HIV, wird der Konzern wichtigster Finanzier von Hämophilie-Tagungen. Vergiften BAYER-Pestizide Tausende von LandarbeiterInnen, verkauft das Unternehmen zwar weiter hochtoxische Uralt-Gifte, startet aber Schulungsprogramme auf ausgewählten brasilianischen Plantagen. Beinahe täglich präsentiert der Leverkusener Agromulti weitere solcher sogenannten „best practice“-Projekte. Sie haben gemein, dass sie wenig bis nichts kosten,

an den strukturellen Problemen nichts ändern - aber äußerst öffentlichkeitswirksam sind.

Besonders wertvoll erweisen sich dabei „glaubhafte Partner“. So kommt es, dass BAYER das Jugendumweltprogramm der UN-Umweltbehörde UNEP fördert, zahlreiche Kooperationen mit Universitäten eingegangen ist, dem Global Compact der Vereinten Nationen beigetreten ist,

Bei der Schaffung von Musterprojekten beweist BAYER großen Einfallsreichtum: Steht BAYER in der Kritik, weil der Konzern aus Kostengründen die tropenmedizinische Forschung einstellt - so spendet das Unternehmen Medikamente an die WHO

unlängst den katholischen Weltjugendtag in Köln unterstützte und sogar Umweltverbände fördert. Die Projekte kosten maximal einige zehn- bis hunderttausend Euro, „peanuts“ für einen Konzern mit 30 Milliarden Euro Umsatz. Zumal BAYER seine Steuerlast in den vergangenen Jahren durch „kreative Buchhaltung“ um Milliardenbeträge gedrückt hat - ein Vielfaches aller jemals getätigten Spenden.

„Wasser für die Welt“

Aktuellstes Beispiel der endlosen Liste substanzloser goodwill-Aktionen ist der Global Exploration Fund, mit dem „Arbeiten von international tätigen deutschsprachigen Wissenschaftlern gefördert werden sollen, die sich mit der Erschließung neuer Wasservorkommen, mit der Verteilung von Wasser und dem schonenden Umgang mit diesem Rohstoff beschäftigen.“ Ausgestattet ist der Fonds mit 250.000 Euro, Partner des Konzerns ist die in einer Auflage von 250.000 Exemplaren erscheinende Zeitschrift *National Geogra-*

phic Deutschland (NGD).

NGD stellte den Fonds ausführlich in seiner Juli-Ausgabe vor, hinzu kamen Anzeigen in großen Tageszeitungen und dem *Spiegel*, eine gemeinsame Pressemitteilung sowie die Verbreitung der 24-seitigen Broschüre „Wasser für die Welt“. Vier Seiten der Broschüre sind der Konzernpropaganda vorbehalten - eine einseitige Anzeige der BAYER-Pestizidabteilung, ein Interview mit Vorstandsmitglied Udo Oels sowie zwei Seiten mit Berichten über Musterprojekte des Konzerns in aller Welt. Nicht anders sieht es auf der homepage von *National Geographic* aus: „Gesundheit, Landwirtschaft, Materialforschung - drei Forschungsfelder, in denen sich die BAYER AG als 'Erfinder-Unternehmen' profiliert. Soziales Engagement und Einsatz für die Umwelt inklusive“, heißt es dort ehrerbietig.

Eine vergleichbar wirksame Werbekampagne wäre für den Konzern in jedem Fall wesentlich teurer geworden. *National Geographic* wurde dabei nicht zufällig als Partner ausgewählt; das Magazin ist ein bevorzugtes Medium für „Umwelt-PR“ und bei der Auswahl seiner Partner nicht wählerisch. Berühmt wurde eine Anzeigenserie von SHELL in *National Geographic*, in der das Unternehmen mit dem Schutz eines Korallenriffs warb. Während die Kampagne mehrere Millionen kostete, belief sich die jährliche Unterstützung des Projekts auf ganze 5.000\$. Vielleicht ist es auch kein Zufall, dass Multifunktionär Ernst-Ludwig Winnacker Beirat von NGD ist und zugleich im Aufsichtsrat von BAYER sitzt.

Brunnenvergifter-Lob

In keiner der von NGD vorgelegten Publikationen hingegen wird die Rolle des BAYER-Konzerns als Umwelt- und Wasserverschmutzer dargestellt. Dabei gehört

Echo

I. S., Deutschland: In Ihrem *Stichwort BAYER*, Nr. 4/2004, S. 14/15 enthüllte mir Ihr Artikel „Das ist doch Mord!“ eine mögliche Erklärung dafür, dass eine meiner Hebammenfreundinnen HIV-positiv ist. Seit vielen Jahren arbeite ich ehrenamtlich in einer thailändischen Flüchtlingsklinik mit, und eine unserer Mitarbeiterinnen hatte schwere Nachblutungen nach der Geburt und musste ins Distrikthospital gebracht werden. Ob das nun infizierte Blutkonserven waren, die sie erhielt, war lange unser Verdacht, was die thailändischen Ärzte abstritten, sie hätten ein sorgfältiges Testsystem. Doch nun, mit Ihrem Artikel über KOATE bringen Sie mich auf eine neue Spur.

N. M., Deutschland: Danke für diese Pressemeldung, die ich umgehend an Freunde und Bekannte weiterleiten werde. Zusätzlich werde ich den Engagierten in Australien meine Solidarität zum Ausdruck bringen und ihnen Mut machen, gegenüber ihrer Regierung und gegenüber BAYER nicht locker zu lassen. Hoffentlich erfahren die Genfood-Konzerne langsam und wirksam starken Gegenwind und Solidarisierung der Verbraucher rund um den Globus.

Attac (zu Coltan und Bürgerkrieg im Kongo): Im Rahmen einer globalisierungskritischen Stadtführung, die wir als Attac-Hochschulgruppe derzeit hier veranstalten, habe ich mich mit dem Thema befasst. Ich habe viele Ihrer Informationen und Verweise zu dem Zusammenhang zwischen Coltan-Export und dem Kongo-Krieg gelesen und bin dankbar, dass ich dadurch einen sehr fundierten Einblick bekommen konnte.



Ossietsyky

Zeiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Wenn tonangebende Politiker und Publizisten die weltweite Verantwortung Deutschlands als einen militärischen Auftrag definieren, den die Bundeswehr zu erfüllen habe, dann widerspricht *Ossietsyky*... Wenn sie Demokratie, Menschenrechte, soziale Sicherungen und Umweltschutz für Standortnachteile aus-

geben, die beseitigt werden müssten, dann widerspricht *Ossietsyky*... Wenn sie behaupten, Löhne müssten gesenkt, Arbeitszeiten verlängert werden, damit die Unternehmen viele neue Arbeitsplätze schaffen, dann widerspricht *Ossietsyky* - aus Gründen der Humanität, der Vernunft und der geschichtlichen Erfahrung. *Ossietsyky* erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin - jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

OSSIETZKY kann bestellt werden als

- Jahresabo zu € 52,- (Ausland € 84,-)
- Halbjahresabo zu € 29,-
- Jahresförderabo: € 75,- und € 104,-
- kostenloses Probeheft

Bestelladresse:

Verlag *Ossietsyky*
Vordere Schöneporth 21
30167 Hannover
Fax 0511/876 548-49
ossietsyky@interdruck.net
www.sopos.org/ossietsyky



In der akt. Ausgabe (8/05) u.a.:

- ◆ Willi Kaufmann: »Teuer streiken statt billig fliegen«, zum Streik auf dem Flughafen Heathrow
 - ◆ Rolf Engelke: »Fliegen um jeden Preis?«, über die Einker kapitalistischer Normalität im Edel-Business
 - ◆ Martin Hantke: »(Ver)fassungslos in Europa«, zur EU-Verfassung und Grundrechtecharta
 - ◆ Hugo Claus: »Tarifeinigung ist noch kein Abschluss«, zur Tarifsituation im Öffentlichen Dienst
 - ◆ ver.di: »Nenn' es nicht ›Outsourcing‹«, zur »Bildungskon-solidierung« bei ver.di
 - ◆ »Verdrängte Parlamentarismuskritik«, wie man auch anders über die neue Linkspartei reden kann...
 - ◆ »Mehr als Nebenwidersprüche«, offener Brief Hamburger Initiativen an Linkspartei und WASG
 - ◆ Willi Hajek: »Solidarność in St. Nazaire«, über widerständige »Fremdarbeiter« und ihren Kampf gegen Lohnraub durch Alstom-Zulieferer
 - ◆ Kim Moody: »Ersatz für's Organizing?«, welche Fusionen sind sinnvoll?
 - ◆ Bill Fletcher, Jr.: »Einen entgleisten Zug manövrieren«, mehr heiße Luft als Durchblick in AFL-CIO
 - ◆ »Weltweites Köcheln«, Gate Gourmet versalzt Beschäftigten die Suppe
- Ich möchte ein kostenfreies Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vvk.)

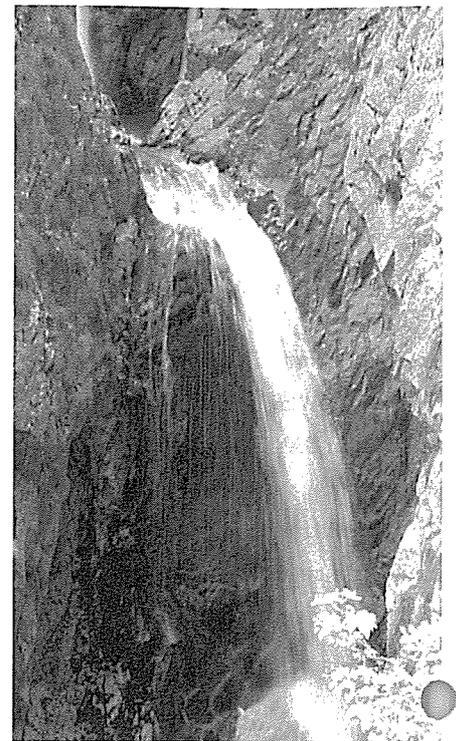
PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06
Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

die Firma zu den zehn größten Direkteinleitern Deutschlands - das Unternehmen leitete im vergangenen Jahr rund 760 Tonnen Phosphor, 2.800 Tonnen Stickstoff, 1,5 Mio. Tonnen anorganischer Salze, 73 Tonnen Chlororganika und 28 Tonnen Schwermetalle in die Gewässer ein. Auch der enorme Wasserverbrauch des Konzerns - täglich rund 2,1 Millionen Kubikmeter, das Werk Leverkusen allein erzeugt doppelt so viel Abwasser wie die benachbarte Millionenstadt Köln - bleibt unberücksichtigt.

So überrascht dann auch nicht, dass *National Geographic* keines der zahlreichen wassergefährdenden Produkte des Unternehmens nennt. Dabei ist BAYER der größte Pestizidhersteller der Welt; langlebige Agrogifte sammeln sich in Grund- und Oberflächengewässern und müssen von den Wasserwerken kostspielig herausgefiltert werden. Jahrelang gehörte BAYER zu den größten PCB-Produzenten - noch Jahrzehnte nach ihrem Verbot finden sich die giftigen Chemikalien in Meeresbuchten und Seen. Und hätte NGD ein klein wenig in die Vergangenheit geblickt, so hätte das Magazin über die Proteste gegen die „Dünnsäureverklappung“ berichten können. Die Blockade des Verlade-Terminals in Leverkusen, an der sich vor 25 Jahren die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und GREENPEACE beteiligten, war einer der Startschüsse der deutschen Umweltbewegung.

Initiativen protestieren

Auf Initiative der CBG wandten sich Ende Juni deutsche Umweltverbände, darunter der BUND, die AKTIONSKONFERENZ NORDSEE, der BBU, der VEREIN ZUM SCHUTZ DES RHEINS UND SEINER NEBENFLÜSSE und das PESTIZID-AKTIONS-NETZWERK an *National Geographic*. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Wir sind der Meinung, dass das sinnvolle Anliegen, Forschung zum Schutz des Trinkwassers zu befördern, durch die Zusammenarbeit mit einem der größten Wasserverschmutzer Deutschlands diskreditiert wird. Fabriken und Produkte des BAYER-Konzerns belasten Grund- und Oberflächenwässer in aller Welt. Sie sollten dem Unternehmen nicht gestattet, dies durch einen Griff in die Portokasse zu kaschieren.“ Die Verbände forderten NGD auf, die Zusammenarbeit mit der BAYER AG einzustellen, da diese Kooperation dem Umwelt- und Trinkwasserschutz schade. Dem Aufruf schlossen sich auch der



Chemiker Prof. Jürgen Rochlitz, Mitglied der deutschen Störfallkommission, und Henry Mathews vom DACHVERBAND KRITISCHER AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE an. Peter Willers, Sprecher der AKTIONSKONFERENZ NORDSEE, appellierte an den Bremer Meeresgeologen Professor Gerold Wefer, der im Auftrag

Nicht anders sieht es auf der homepage von National Geographic aus:

„Gesundheit, Landwirtschaft, Materialforschung - drei Forschungsfelder, in denen sich die Bayer AG als 'Erfinder-Unternehmen' profiliert. Soziales Engagement und Einsatz für die Umwelt inklusive“, heißt es dort ehrerbietig

von NGD und BAYER die zu fördernden Projekte auswählt, „Forschung nicht mit schmutzigem Geld aus der Portokasse von BAYER zu finanzieren und sich nicht zu einem nützlichen Idioten der Chemieindustrie machen zu lassen.“

Unternehmenssprachrohr

Eine Reihe von JournalistInnen begann zu recherchieren, auch einige AbonnentInnen von NGD richteten kritische Fragen an das Magazin. In der August- und September-Ausgabe greift *National Geographic* die Kritik jedoch mit keiner Zeile auf. Der Brief der Umweltverbände wird nicht einmal erwähnt - allein ein einziger Leserbrief, in dem einige kritische Fragen

gestellt werden, druckte das Magazin ab. Die Antwort der Redaktion auf den Offenen Brief kam zwar prompt - machte aber alles noch schlimmer: Chefredakteur Klaus Liedtke verbreitet Unternehmen-

Brief von Verbänden an National Geographic: „Wir sind der Meinung, dass das sinnvolle Anliegen, Forschung zum Schutz des Trinkwassers zu befördern, durch die Zusammenarbeit mit einem der größten Wasserverschmutzer Deutschlands diskreditiert wird“

propaganda, die sich zum Teil wortgleich auf der BAYER-homepage findet. So „bekenne sich BAYER zu Fehlern der Vergangenheit und sei auf gutem Wege, ein ökologisch verantwortungsbewusst handelndes Unternehmen zu werden“. Die CBG hingegen hat in ihrer 25-jährigen Geschichte noch kein einziges Eingeständnis eines Fehlverhaltens angenommen.

Auch verbreitet Liedtke die Zahl von „16 Milliarden Euro, die BAYER für den Bau und Betrieb von Umweltschutzanlagen“ ausgegeben habe - nirgendwo schlüsselt

das Unternehmen jedoch auf, wie es zu solchen Zahlen kommt und ob darin nicht auch normale Reinigungs- und Wartungsarbeiten erfasst sind.

Ganz abenteuerlich wird es, wenn Liedtke behauptet, „BAYER konnte dank moderner Recycling-Verfahren den Wasserverbrauch sowie den Ausstoß von Abwasser um bis zu 90 % verringern“. Selbst die konzerneigenen Veröffentlichungen geben an, dass der Abwasserverbrauch des Konzerns in den vergangenen zehn Jahren konstant zwischen 2,1 und 2,6 Millionen Kubikmeter pro Tag (!) lag (besonders problematisch dabei: ein Drittel des Wassers stammt aus Bohrungen und Quellen, für die Entnahme von sauberem Grundwasser zahlt BAYER wegen „alter Wasserrechte“ meist noch nicht einmal Gebühren). Woher NGD die Zahl von 90 % nimmt, bleibt ein Rätsel. Und gänzlich naiv argumentiert Liedtke, wenn er auf die Partnerschaft von BAYER mit der UN-Umweltbehörde UNEP verweist, die es „wohl kaum gegeben hätte, wenn sich das Unternehmen nicht gewandelt hätte“.

Hier verweist der eine Konzernbüttel auf den anderen. Die Vereinten Nationen legen - leider - bei der Auswahl ihrer Partner keine noch so niedrige Messlatte an

und kooperieren mit Atomkraft-Betreibern, Öl-Konzernen und Chemiemultis. Ganz so wie *National Geographic* Deutschland. Es verwundert denn auch nicht, wenn Chefredakteur Liedtke am Ende seines Schreibens zu dem Schluss kommt, dass „mehr für als gegen eine Kooperation mit BAYER spricht“.

Erfolg ohne Druck

Kritische Anfragen von JournalistInnen oder engagierten Privatpersonen kontert BAYER seit einigen Jahren routinemäßig mit Verweisen auf die Kooperation mit den Vereinten Nationen oder anderen „glaubwürdigen“ Partnern. Hieran zeigt sich noch einmal, dass das vorgebliche Umwelt-Engagement nichts weiter ist als ein Bestandteil des Konzern-Marketings und nur dort betrieben wird, wo Kritik begegnet werden muss. Die Öffentlichkeit und insbesondere die Umweltbewegung ist aufgerufen, diese Aktivitäten als Ablenkungsmanöver zu enttarnen und auf wirkungsvollem Umweltschutz zu beharren. Dieser ist aber weder zum Nulltarif noch durch „freiwillige Selbstverpflichtungserklärungen“ zu haben, wie das aktuelle Abrücken der Industrieverbände vom Klimaschutz einmal mehr zeigt.

Globalisierung: Kritik konkret!

JETZT ABONNIEREN!

Die weltweite Globalisierungskritik fordert: Brecht die Macht der Konzerne!
STICHWORT BAYER sagt, wie das konkret gehen kann.

STICHWORT BAYER (SWB) und die englisch-sprachige Ausgabe keycode BAYER erscheinen seit 1982 und sind ein wichtiges Stück Gegenmacht.
Je stärker **STICHWORT BAYER**, desto größer die Wirkung.

www.CBGnetwork.org e-mail: CBGnetwork@aol.com

Bitte zurücksenden an: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com

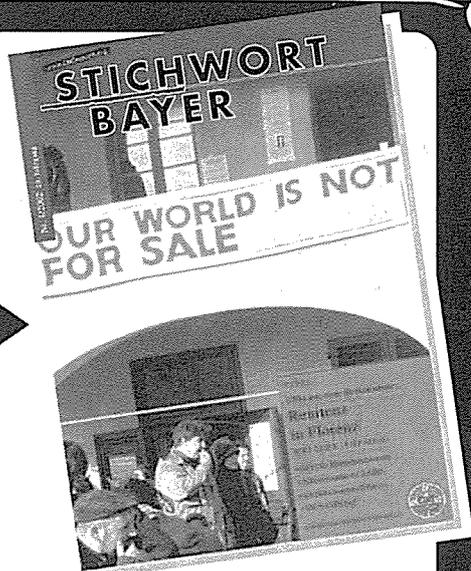
Ja, ich/wir abonniere für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

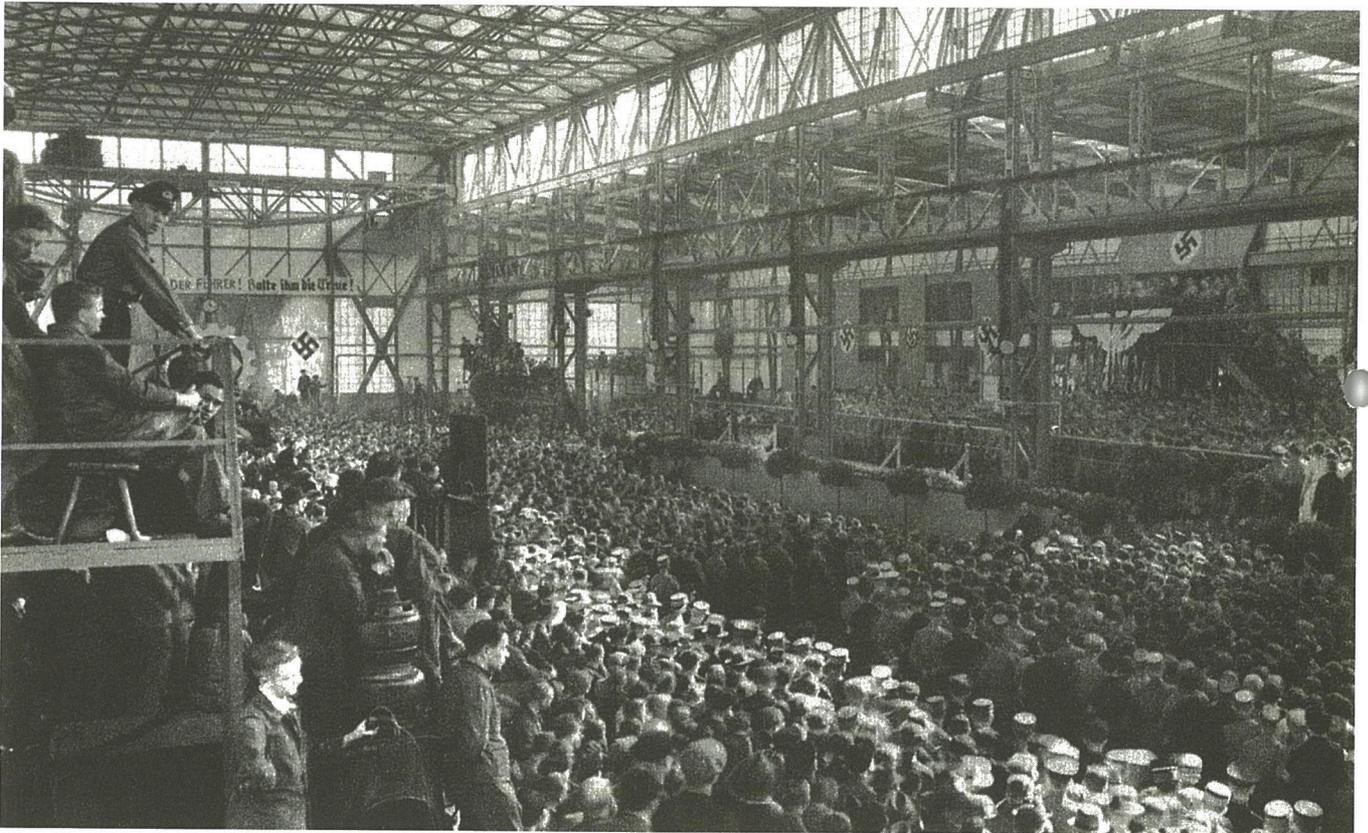
Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solidfonds €

Bank	BLZ	Straße/Nr.	Datum/Unterschrift
Kontonr.	Name/Vorname	PLZ/Ort	Alter



CBG-Jahrestagung zu „Sozialabbau“

Auslaufmodell „BAYER-Familie“



Werksappell: Von der Betriebsgemeinschaft zur Volksgemeinschaft

Aus gegebenem Anlass widmet sich die Jahrestagung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) am 12. November dem Thema „Konzernmacht und Sozialraub - BAYER & Co. entfesseln den Kapitalismus“. Die ReferentInnen werden eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation vornehmen, die ökonomischen Ursachen für die Kürzungsorgien analysieren und Möglichkeiten des Widerstandes gegen das Verarmungsprogramm erörtern. Stichwort BAYER schafft mit einem am Beispiel „BAYER“ orientierten Blick zurück auf die wechselvolle Geschichte der betrieblichen Arbeits- und Sozialpolitik schon einmal eine mögliche Diskussionsgrundlage.

Von Jan Pehrke

Ende der 70er Jahre stieß die keynesianische Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition an ihre Systemgrenzen. Es war der Regierung unter Helmut Schmidt nicht mehr möglich, der wachsenden Arbeitslosigkeit durch staatliche Investitionsprogramme Einhalt zu gebieten, weil die Ver-

schuldung die Währungsstabilität zu gefährden drohte. So schlugen SPD und FDP einen Sparkurs ein und leiteten die Ära der Sozialkürzungen ein. Damit begann der bis heute anhaltende Siegeszug des Neoliberalismus, der die Kräfteverhältnisse deutlich zu Gunsten der

Konzerne verschob. BAYER wusste daraus - im wörtlichen Sinn - Kapital zu schlagen. Die verschiedenen BAYER-Chefs erwiesen sich als wahre Meister darin, ArbeiterInnen gegen ArbeitslosInnen auszuspielen. 1997 beispielsweise schlug der damalige Vorstandsvorsitzende und heutige Auf-

sichtsratschef Manfred Schneider in einem Interview vor: „Wir würden unsere Situation in Deutschland auch dann deutlich verbessern, wenn diejenigen, die Arbeit haben, zum Verzicht auf einen Teil der freiwilligen sozialen Leistungen der Unternehmen bereit wären“. Er präzierte auch gleich seine Vorstellungen: „Zum Beispiel muss man sich ernsthaft die Frage stellen, ob wir nicht den sozialen Standard spürbar reduzieren sollten. Warum reichen nicht 25 Urlaubstage statt der bisherigen 30 Urlaubstage? Warum kann nicht jeder Krankenversicherte eine Selbstbeteiligung zahlen - wie bei der Autoversicherung? Warum kann man die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht mit dem Urlaubsgeld verrechnen? Warum kann das Arbeitslosengeld nicht abgesenkt werden?“

Rot-Grün gab mit der Gesundheits„reform“ und der Agenda 2010 die erwartete Antwort. Der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) zeigte

forderte Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und beim Kündigungsschutz.

Der Leverkusener Multi wartete aber



Aufenthaltsraum für Beschäftigte

nicht einfach ab, bis die Mühlen der Politik zu mahlen begannen. Der Konzern ließ den markigen Worten Schneiders gleich Taten folgen. BAYERs damaliger Peter Hartz, Meinholf Stindt, baldowerte als Leiter der Abteilung „Arbeits- und Sozialrecht“ den „Eingliederungsvertrag für Langzeitarbeitslose“ aus, der die Wirtschaftskreise entzückte. „Löhne unter Tarif,

kein Kündigungsschutz und niedrige Personalzusatzkosten - das alles ist jetzt möglich, wenn Unternehmer bereit sind, Langzeitarbeitslosen einen Job zu geben“, jubilierte das Kapital-Blatt *Impulse*. Ob

sich dann auch zufrieden. Nur hätte es für ihn gerne noch ein bisschen mehr „weniger“ sein können. Der BAVC-Geschäftsführer Hans Paul Frey empfand die Sozialhilfe-Sätze als „immer noch zu hoch“ und

kein Kündigungsschutz und niedrige Personalzusatzkosten - das alles ist jetzt möglich, wenn Unternehmer bereit sind, Langzeitarbeitslosen einen Job zu geben“, jubilierte das Kapital-Blatt *Impulse*. Ob

An alle AbonnentInnen

Konzernkritik stärken STICHWORT BAYER weiterverbreiten:

- STICHWORT BAYER (SWB) ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. Je mehr Menschen STICHWORT BAYER lesen,
- desto größer die Wirkung. Wir bitten unsere AbonnentInnen: Helfen Sie mit, STICHWORT BAYER zu verbreiten. Bestellen
- Sie zusätzliche Exemplare zur Verbreitung im Freundeskreis und Ihrer Bekanntschaft.

Ich/wir habe/n bereits abonniert und bestelle/n zusätzlich Zusatzexemplare je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 € je Heft

Ich/wir habe/n noch nicht abonniert und möchte/n das für € jährlich tun (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen

STICHWORT BAYER

Coupon Bitte zurücksenden an:

Coordination
gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18,
40081 Düsseldorf
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Bank: _____

BLZ: _____ Kontonummer: _____

Datum/Unterschrift _____ Alter: _____

COUPON

das Vertragswerk wirklich wieder Leute in Lohn und Brot brachte, interessierte die Konzernherren dabei herzlich wenig, sie betrachteten es lediglich als Einfallstor, um soziale Errungenschaften zu demontieren. „Wenn dieses vereinfachte Arbeitsverhältnis ankommt, ist das wirklich der Beweis dafür, dass die hohen arbeitsrechtlichen Hürden generell Beschäftigung verhindern“, frohlockte ein Unternehmenssprecher.

Der Standort-Vertrag

Aber nicht nur die hohe Arbeitslosigkeit wussten BAYER & Co. zu ihrem Vorteil zu nutzen. Sie lancierten eine Debatte um

Beschäftigter in niedrigere Lohngruppen, eine Reduzierung der Bonuszahlungen um 63 Millionen Euro, die Streichung von Wechselschicht- und Treueprämien sowie eine weitere Flexibilisierung der Arbeit.

Die erste Bilanz fiel dementsprechend verheerend aus. Nach einer Umfrage der IG BCE im Vorfeld der Verhandlungen zu einer Verlängerung der Vereinbarung beurteilte die Belegschaft das Abkommen überwiegend negativ. Nach Ansicht der BAYER-WerkerInnen haben ihrem Verzicht auf Lohn und soziale Errungenschaften keine Gegenleistungen von seiten BAYERS entsprochen, die Investitionen hätte der

BAYER vernichtete fleißig weiter Arbeitsplätze - vor allem durch die Abstoßung von Sparten wie HAARMANN & REIMER, AGFA und jüngst Teilen des Chemie-Geschäfts. Die Belegschaft sank so von 144.600 im Jahr 1997 auf bis dato unter 100.000.

Für den Agro-Riesen ging die Rechnung allerdings auf. Seine Profite stiegen ins Unermessliche, während die Lohnstückkosten sanken. Von 1994 bis 1999 erhöhte sich der Umsatz pro MitarbeiterIn um 40 Prozent. Lag der Anteil der Lohnkosten am Umsatz 1995 bei 18,1 Prozent, so betrug er 1999 nur noch 16 Prozent. Heutzutage dürfte er weiter abgenommen haben.



Werkssiedlung

den „Standort Deutschland“ und seine angeblichen Nachteile, die zu Produktionsverlagerungen ins Ausland zwingen, wenn sie nicht behoben würden. Die IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE (IG BCE) ließ sich diese Diskussion aufzwingen und schloss mit BAYER Ende 1997 den so genannten Standortsicherungsvertrag ab. Damit willigte sie in Arbeitsplatzvernichtung, Lohnkürzungen und den Abbau von sozialen Leistungen ein, während der Konzern lediglich vage Investitionen an den bundesdeutschen Standorten zusagte und betriebsbedingte Kündigungen ausschloss. Wobei er sich im Kleingedruckten noch so einige Möglichkeiten offen hielt, Arbeitsverhältnisse doch vorzeitig zu beenden und diese später auch nutzte. Im Einzelnen besiegelte das „Bündnis zur Standortsicherung“ eine Einordnung vieler

Konzern auch so vorgenommen. Damit übernahmen sie den Standpunkt der KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN FÜR EINE DURCHSCHAUBARE BETRIEBSRATSARBEIT, eine oppositionelle Gewerkschaftsgruppe im Leverkusener BAYER-Werk, die den Standort-Vertrag im Allgemeinen und die zugesagten Aufwändungen an den Standorten im Besonderen kritisiert hatten, weil diese sich lediglich im Rahmen der Instandhaltungskosten für die Anlagen bewegten. Die Gewerkschaft stimmte trotzdem einer Neuauflage der Standortsicherungsvereinbarung zu und opferte so weitere Rechte der MitarbeiterInnen. Ähnlich defensiv ging sie in die kommenden Tarifverhandlungen - und holte jeweils nur 2 bis 3-prozentige Lohnerhöhungen heraus. Dieser Verzicht brachte auch auf längere Sicht nichts ein.

Die Rolle der IG BCE

Die IG BCE hat diese Umverteilung von unten nach oben klaglos mitgetragen. Traditionell die konservativste Industriengewerkschaft in der Bundesrepublik, begreift sie sich nicht als Verteidigerin der Rechte der Belegschaft gegenüber den Konzernherren, sondern als eine Art von „Co-Management“. Ihre Funktionäre wie Günter Schölzel können es gar nicht mehr verstehen, wenn einzelne Betriebsräte „Konfliktsituationen dazu nutzen, eine Gegenposition zum Management aufzubauen und sich bei Veränderungen warnend vor die Mitarbeiter zu stellen“. Der Betriebsratsvorsitzende des Dormagener BAYER-Werkes, Karl Josef Ellrich, schreitet in solchen Fällen lieber als „Change-Manager“ ein und betätigt sich als sozialer Friedensstifter in von BAYER

& Co zunehmend unfriedlicher gestalteten Zeiten. Willenlos kapitulieren Ellrich und seine KollegInnen vor dem Kapital und reden der Chef-Etage nach dem Mund. „Wer heute kollektiv und ohne Kompromissbereitschaft an Besitzständen festhält, besitzt bald gar nichts mehr“, gab etwa BAYERs Gesamtbetriebsratschef Erhard Gipperich in reinstem BAYER-Sprech zum Besten.

Von solchen VertreterInnen haben die BAYER-MalocherInnen nichts zu erwarten, und der Einfluss der alternativen Gewerkschaftsgruppen ist zu schwach, um Widerstand organisieren zu können. So stehen die Beschäftigten der Offensive der Konzerne machtlos gegenüber. Was für die Manager „Senkung der Lohnstückkosten“ heißt und die Sektkorken knallen lässt, bedeutet für sie mehr Arbeitsverdichtung. Der Stress, der durch zusätzliche Überwachungsaufgaben, wechselnde Arbeitsplätze im Werk, stärkere Konkurrenz und die Verlängerung der Arbeitszeit entsteht, sah der ehemalige Leiter von BAYERs Ärztlichem Dienst, Dr. Manfred Albrod, schon im Jahr 2000 als Hauptbelastungsfaktor für die Gesundheit der MitarbeiterInnen an - und nicht mehr die Gefährdungen durch Giftstoffe.

Dabei zerrt nicht nur die Arbeit zunehmend an den Nerven, sondern auch die bange Aussicht, vielleicht bald keine mehr zu haben. „Die Angst sei da, bei so vielen, sie sei Tag für Tag deutlich zu spüren - bei der Arbeit, in der Mittagspause und auch noch in der Familie daheim“, gab die WZ die Worte eines Beschäftigten im Wuppertaler Pharmaforschungszentrum wieder.

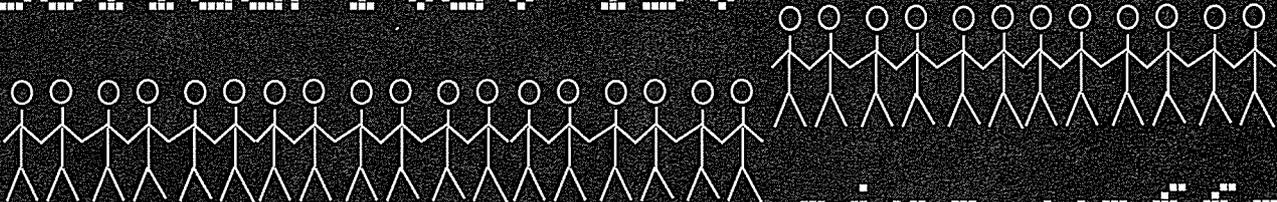
Wie alles anfang ...

Aber bei BAYER verschlechterten sich nicht nur die unmittelbar die Lohnarbeit betreffenden Bedingungen. Auch die auf das weitere Umfeld des Werkes zugeschnittene Sozialpolitik des Konzerns veränderte sich. Der Multi verkaufte seine Werkwohnungen, gliederte seine Betriebskrankenkasse aus und übergab seine Kindergärten dem „Deutschen Roten Kreuz“. Zudem trennte er sich von seinem Kaufhaus, schloss die Werksbibliothek, fuhr das Kulturprogramm zurück und kürzte die Sportförderung. Dieses ganze Gefüge hatte einst nicht nur die Arbeit, sondern das halbe Leben dieseits des Werkstores stattfinden lassen. Von der „BAYER-Familie“ sprach deshalb der von 1912 bis 1925 als Generaldirektor des Unternehmens amtierende Carl Duisberg gerne. „Die vornehmste Pflicht eines Unternehmers habe ich immer darin erblickt, das soziale Problem der Lösung näher zu bringen“, schrieb er in seinen Memoiren. Allzu vornehm waren seine Motive dabei allerdings nicht; sie entsprangen praktischen Erwägungen. So geschwächt nämlich die Position der Beschäftigten heutzutage in Zeiten des neoliberalen Dogmas und hoher Arbeitslosigkeit scheint, so stark war die in der Anfangszeit der Chemischen Industrie. BAYER hatte damals gehörige Schwierigkeiten, geeignete MitarbeiterInnen zu gewinnen. Das Arbeitskräfte-Reservoir im Einzugsgebiet Leverkusens hatte sich bald erschöpft, so dass der Konzern Anwerber bis nach Schlesien und Polen ausschickte. Für die Chemiearbeit waren die zumeist aus ländlichen Regionen stammenden

Neulinge jedoch nicht unbedingt geschaffen. Dazu bedurfte es einer langwierigen Erziehungsarbeit. Viele hielten es nicht lang in den Produktionshallen aus. Wegen der großen Gesundheitsgefahren hatte besonders die Chemieindustrie unter einer hohen Fluktuation zu leiden. Der Multi leitete deshalb diverse Maßnahmen ein. Arbeiter, die von anderen Chemie-Werken kamen, stellte er aus Prinzip nicht ein, und Wanderarbeiter, die schon dreimal in Leverkusen angeheuert hatten, brauchten bei einer erneuten Verpflichtung eine Sondergenehmigung der Direktion. Um Belegschaftsangehörige langfristig an sich zu binden, startete der Chemie-Riese seine „Familienpolitik“. Mussten die Neuankömmlinge aus Polen und Schlesien anfangs neben den Schmelzöfen nächtigen, entfaltete BAYER später eine rege Bautätigkeit. Aber das vergleichsweise kostengünstige Wohnen hatte seinen Preis: Wer seinen Job kündigte, war auch die Wohnung los. Die freien Gewerkschaften und die SPD protestierten vehement gegen dieses Koppel-Geschäft. Darüber hinaus führte BAYER 1873 eine Unterstützungskasse für Krankgewordene ein - „zehn Jahre vor Bismarcks erstem Sozialgesetz“, vermerkt die Unternehmenschronik „Meilensteine“ stolz. „Dem patriarchalischen Denken der Zeit entsprechend“, saß ihr allerdings stets ein BAYER-Boss vor, weshalb die Arbeitervertreter in der Kasse „ein Knebelinstrument des Unternehmers sahen“, wie die „Meilensteine“ einräumen müssen. Eine fürsorgliche Belagerung der Belegschaft stellten auch die vom Konzern ins Leben gerufenen Berufsvereine dar. Fortbil-



solidarität ist



eine waffe

deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto

 **ROTE HILFE E.V.**
www.rote-hilfe.de

Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

dungsmaßnahmen, Vorträge und Ausflüge sollten Betriebsführer und Arbeiter der einzelnen Sparten einander näher bringen und die Beschäftigten von dem dummen Gedanken abhalten, einer freien Gewerkschaft beizutreten. Der Festigung des korporatistischen Geistes diene auch die Gepflogenheit der Oberen, den Werk tätigen höchstpersönlich ihren Lohn auszuzahlen. Als die zunehmend vermittelten Beziehungen dies im entwickelten Kapitalismus nicht mehr zuließen, setzte die Führungsetage Sozialsekretäre und Fabrikpfleger als Wahrer des sozialen Friedens ein. Zudem initiierte der Chemie-Multi eine Reihe von „vertrauensbildenden Maßnahmen“. Er richtete ein Kaufhaus ein, schuf Kindergärten, Kulturclubs, Gesangskreise, gründete eine Bibliothek und Sportvereine. Die „BAYER-Familie“ musste so gut wie gar nicht mehr außer Haus. Die Gewerkschaftler durchschauten das Manöver: „(Es) soll unter



BAYER-Patriarch Carl Duisberg

Anwendung aller äußeren und inneren Methoden der modernen Pädagogik und der angewandten Psychologie, mit Hilfe von Werkschulen, Lehrlingswerkstätten, Lehrlingsvereinen, Unterstützungskassen, Werkskasinos, Werkswohlfahrtseinrichtungen, Sportklubs und anderem mehr die Arbeiterschaft in eine ganz enge innere, seelisch verankerte Verbindung mit dem Betrieb gebracht werden, so dass sie mit der Zeit alles Interesse an ihren Berufs-

und Industrieverbänden verlieren soll. Daneben geht man mit Propaganda-Broschüren, Werkzeitungen und anderen, der modernen Reklame-Psychologie entlehnten ‚Aufklärungsmitteln‘ darauf aus, die Arbeiter vor dem marxistisch-sozialistischen Geist in den Gewerkschaften grau lich zu machen.“ Fritz Fricke analysierte die Sozialpolitik der Unternehmen auf diese Weise in seinem 1927 erschienenen Buch „Sie suchen die Seele“. Zu diesem

Zeitpunkt bekam das traute Familienleben aber schon Brüche. 1916 hatte der Staat die Gewerkschaften anerkannt. Damit war das Arbeitsverhältnis nicht länger bloß eine Sache zwischen dem Arbeiter und dem Werk. Die Gewerkschaften hatten das Recht, im Namen aller Beschäftigten einer Branche die Löhne auszuhandeln, womit das individuelle Vertragsprinzip zu einem kollektiven wurde. 1920 folgte dann das Betriebsrätegesetz. Die Weimarer Republik regierte noch in einen anderen zentralen Bereich hinein. Im Interesse des Mietschutzes wollte sie die Verschränkung von Wohnen und Arbeiten nicht länger hinnehmen. So nahm sie den Wohnungsbau von BAYER & Co. von Förderprogrammen aus und gewährte den Konzernen keine günstigen Hypothekenzinsen mehr. Heute kaum mehr vorstellbar, wehrten sich die Unternehmen vehement gegen die

Verstaatlichung ihrer Sozialpolitik. Aber sie mussten sich den Zeichen der Zeit beugen. „Die Unternehmen verloren die Konkurrenz mit dem Staat um die gesellschaftliche Einbindung der Arbeiter, das partikulare Sicherungssystem unterlag dem zentralen Wohlfahrtsstaat. Im Kaiserreich, und noch in den ersten Jahren der Weimarer Zeit, hatten die großen Unternehmen den gesellschaftlichen Orientierungsrahmen setzen wollen, indem

:antifaschistische nachrichten

- **Nachrichten, Berichte, Dokumente über antifaschistische Aktionen**
- **Meldungen und Hintergrundinformationen über faschistische Organisationen**
- **regelmäßige Beobachtung der faschistischen Presse**
- **Informationen zur Asyl- und Ausländerpolitik, zu Revanchismus und Militarismus**



Halbjahres-Abo 22 Euro
 Jahres-Abo 44 Euro
 Schülerabo 28 Euro
 Förderabo 54 Euro

Probehefte kostenlos anfordern

Bestelladresse:
 GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7
 50674 Köln, Tel. 0221-21 16 58
 Fax 0221-21 53 73

antifanachrichten@netcologne.de
 www.antifaschistische-nachrichten.de

sie möglichst viele Lebensbereiche erfassen und patriarchalisch gestalten wollten. Die soziale Sicherung mit Hilfe von Konsumanstalt, Haushaltsschule, Kindergarten, Werkskranken-, unterstützungs- und -sparkasse, Werkswohnungsbau und betrieblichen Vereinen etc. bezahlten die Arbeiter mit gesellschaftlicher Unmündigkeit und mit dem Verzicht auf die Durchsetzung von Interessen bei Konflikten“, resümiert Historiker Günther Schulz.

Die Betriebsgemeinschaft

Bei den Nationalsozialisten ging es jedoch wieder „familiärer“ zu. Was im Großen die Volksgemeinschaft darstellte, sollte im Kleinen - auf der Ebene der Unternehmen - die Betriebsgemeinschaft sein. Gewerkschaften und Betriebsräte standen dem beschworenen Gemeinschaftsgeist im Weg. Deshalb verbot die NSDAP diese kurzerhand und setzte die „Deutsche Arbeitsfront“ an ihre Stelle. Deren Gründungsvater war Robert Ley, der von 1921 bis zu seiner Entlassung im Jahr 1927 bei BAYER als Chemiker arbeitete. Seine Erfahrungen mit der „Familienpolitik“ des Multis haben dann auch seine Konzeption der faschistischen Arbeits- und Sozialpolitik stark beeinflusst. Die VerfasserInnen der „Meilensteine“ irrten mit ihrer Einschätzung, Duisbergs „patriarchalische Wohlfahrt“ sei seiner Zeit weit voraus gewesen, weniger, als ihnen lieb sein mochte.

BAYERs Aktivitäten auf sozialem, kulturellem und sportlichem Gebiet dienten Ley in vielem als Vorbild für sein „Kraft durch Freude“-Programm. Deshalb lud er zur Jungfernfahrt des Ausflugsschiffes „Robert Ley“ nach Madeira auch die Tanzschar der BAYER-Kulturabteilung persönlich zur Mitgestaltung des Unterhaltungsprogramms an Bord ein, und die Gattin des damaligen Werksleiters Dr. Kühne war ebenfalls mit von der Bootspartie. Immer wieder kehrte die Nr. 5 der NSDAP-Hierarchie an seine alte Wirkungsstätte zurück. 1938 hielt Ley die Festrede zum 75-jährigen Bestehen des Leverkusener Werkes. Vom genius loci inspiriert, nutzte er die vom Rundfunk übertragene Ansprache zugleich dazu, das Sparmodell vorzustellen, das die ganze Volksgemeinschaft binnen vier Jahren in den Genuss des Volkswagens, auch „KdF-Wagen“ genannt, bringen sollte. Darüber hinaus fanden Duisbergs Zukunftsinvestitionen zum langfristigen Erhalt der Arbeitskraft der Beschäftigten, die ihren Ausdruck in dem Bemühen fan-

den, ihnen durch großzügige, helle, saubere und luftige Arbeitsplätze gute Bedingungen zur optimalen Verwertung der Arbeitskraft einzuräumen, Eingang in die NS-Politik. Ley schuf das Amt „Schönheit der Arbeit“, das den Betrieben Anregungen in puncto Belüftung, Beleuchtung und Farbgestaltung gab. Wer dann das „schönste“, also das „sozialste“ Unternehmen im ganzen Reich war, ermittelte ab 1936 der „Leistungskampf“ um die zweifelhafte Auszeichnung zum „NS-Musterbetrieb“.

Fazit

Der historische Rückblick zeigt also, wie sehr die betriebliche Sozialpolitik eine Befriedungsstrategie war, welche die Beschäftigten von dem Gedanken abbringen sollte, dass die Interessen von BAYER & Co. eventuell nicht ihre Interessen sein könnten. Als diese ihre Mission erfüllt hatte und das Gespenst des Kommunismus endgültig gebannt schien, machte der Leverkusener Multi sich an die Abwicklung seines kleinen Wohlfahrtsstaates. So spricht heutzutage niemand mehr von der „BAYER-Familie“ und die IG BCE steht politisch sprachlos vor dem Scherbenhaufen und beschränkt sich auf Schadensbegrenzung, weil die Langzeitwirkungen der „fürsorglichen Belagerung“ aus der Gewerkschaft die konservativste Beschäftigungsvertretung in der Bundesrepublik gemacht haben. Die hohe Arbeitslosigkeit und die Macht des neoliberalen Dogmas haben die Belegschaften zusätzlich in die Defensive geraten lassen. Die Parteien wollten diese Situation vor der Bundestagswahl schon eiskalt ausnutzen und bereiteten mit dem kurzen Hinweis auf die Globalisierung und andere vermeintliche Sachzwänge schon neue Einschnitte vor, da tauchte plötzlich die Linkspartei auf. Allein ihre Existenz zwang die große neoliberale Koalition, ihre Verzichtsethik weniger großmäutig zu predigen. Die SPD nahm sogar einige programmatische Änderungen vor. Wie immer man zu der neuen Partei im Einzelnen stehen mag, sie hat den Mühseligen und Beladenen wieder eine Stimme gegeben, ihr Selbstbewusstsein gestärkt und dem der etablierten PolitikerInnen einen Dämpfer versetzt. Nicht nur die objektive Lage bestimmt also die politischen Kräfteverhältnisse, sondern auch der Grad der Bereitschaft, sie hinzunehmen oder zu bekämpfen.

Besitzen Sie Bayer-Aktien?

Die Banken vertreten mit Ihren BAYER-Aktien nur eigene Interessen. Wir treten ein für Menschenrechte, Umweltschutz und soziale Sicherung. Übertragen Sie uns Ihre Stimmrechte.

Kritische BAYER-AktionärInnen
Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Informationen
abfordern, jetzt!



Coordination gegen BAYER-Gefahren / CBG
Coordinación contra los peligros de BAYER
Coordination against BAYER Dangers
Coordination contre les méfaits de BAYER

Konzernkritik stärken, Menschenrechte fördern.

Informationen zu Testament und Vermächtnis

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Axel Köhler-Schnura, Postfach 1504 18
40081 Düsseldorf, Fon 0211 - 26 11 210
Fax 0211 - 26 11 220
eMailCBGnetwork@aol.com

Ja, ich habe Interesse:

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Fon/Fax/E-Mail _____



CBG & Co. erfolgreich:

USA verbieten BAYTRIL



BAYTRIL-GegnerInnen aus den USA protestieren 2002 vor BAYER-Hauptversammlung

Bereits seit Jahren setzt sich COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) gemeinsam mit Partner-Initiativen für ein Verbot von BAYERs Tierantibiotikum BAYTRIL ein. Im Sommer 2005 hat die US-Gesundheitsbehörde FDA ihren Ruf erhört.

Von Philipp Mimkes

Wegen hoher Krankheitsraten in der Massentierhaltung werden in der EU und in den USA mehr Antibiotika im Tierstall eingesetzt als in der Humanmedizin. Das von BAYER produzierte BAYTRIL wurde von GeflügelhalterInnen jahrelang für ganze Tierbestände angewandt, selbst wenn nur einzelne Tiere Symptome von Atemwegserkrankungen zeigten. Auch als Wachstumsbeschleuniger kamen die Antibiotika zum Einsatz. Der massenhafte Einsatz dieser Mittel in der Massentierhaltung führte zu einer zunehmenden Resistenz von Bakterien gegen die Substanzklasse der Fluorchinolone. Zu den Fluorchinolone-resistenten Keimen gehören u.a. Salmonellen- und Campylobacter-Stämme. Sie können beim Menschen schwere Magen-Darminfektionen auslösen, gegen die Human-Antibiotika wie BAYERs CIPROBAY dann machtlos sind, weil ihre Wirkstoffe größtenteils den in der Veterinärmedizin verwandten entsprechen. Deshalb warnen VerbraucherschützerInnen und MedizinerInnen seit Jahren vor der Gefahr von Resistenzbildungen durch den übermäßigen Antibiotika-Einsatz im Tierstall.

Auch die FDA hatte schon vor fünf Jahren gefordert, die fraglichen Tierarzneien vom Markt zu nehmen. BAYER war der Aufforderung jedoch als einziger Produzent nicht gefolgt. Darum hat sich die Behörde im Sommer 2005 zu einem drastischen Schritt entschlossen und das Tierantibiotikum BAYTRIL mit sofortiger Wirkung für die Geflügelzucht verboten. Bis zuletzt hat der Chemie-Multi sich dagegen gewehrt. Er kaufte sich Kongress-Abgeordnete ein (siehe *Ticker 2/05*)

und erhob Einspruch gegen die Entscheidung. Erst Anfang September gab der Konzern auf und zog das Mittel vom Markt zurück. FDA-Sprecher Lester Crawford begründete die Beharrlichkeit seiner

FDA-Sprecher Lester Crawford begründete die Beharrlichkeit seiner Behörde damit, „dass der Einsatz von BAYTRIL für Geflügel nicht sicher ist“

Behörde damit, „dass der Einsatz von BAYTRIL für Geflügel nicht sicher ist“.

„Auf ein Einsehen der Firma BAYER war nicht zu hoffen - es wurde daher Zeit, dass die US-Behörden die Notbremse ziehen“, kommentiert Philipp Mimkes von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) die Entscheidung, „die Resistenzbildung ist in den vergangenen fünf Jahren weiter vorangeschritten, hieran trägt die Firma BAYER durch ihre Verzögerungstaktik eine Mitschuld“. Margaret Mellon vom US-Verband UNION OF CONCERNED SCIENTISTS ergänzt: „Das Einschreiten der FDA zugunsten der Wirksamkeit von Medikamenten ist ein großer Erfolg für den Gesundheitsschutz“. Laut Mellon handelt es sich um das erste Verbot eines Tierantibiotikums wegen drohender Resistenzbildung. Für den Verband ist damit ein wichtiger erster Schritt gemacht, jetzt fordert er das Aus für weitere Tierantibiotika.

Die CBG und die UNION OF CONCERNED SCIENTISTS beteiligen sich seit fünf Jahren an der Kampagne „Keep Antibiotics Working“, die von amerikanischen Gesundheitsinitiativen begründet wurde.

Au weia, BAYER

Chloralarm auf der LAGA

In der Leverkusener Landesgartenschau, um die Landesgartenschau herum und unter der Landesgartenschau ist Chemie. Das konnte nicht lange gut gehen. So musste die Feuerwehr am 23. Juni 2005 die Tore der über einer ehemaligen Giftmülldeponie BAYERs errichteten LAGA schließen, weil es im nahe gelegenen Wiesdorfer BAYER-Werk über 65 Minuten zu einem Chlorgas-Austritt gekommen war. Der Wind trug die Wolke gen Blumenmeer und die Gartenpracht drohte einen Stich ins Giftgrüne zu bekommen, was nur durch eine zweistündige Schließung zu verhindern war.

Auf Einladung der CBG sprachen US-WissenschaftlerInnen auf der BAYER-Hauptversammlung und forderten vor Tausenden von Aktionären einen freiwilligen Verzicht auf BAYTRIL - vergeblich.

Auch das deutsche „Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin“ tritt dafür ein, den Einsatz von Fluorchinolonen in den Tierställen weitgehend einzuschränken. Untersagen will sie die Antibiotika-Gaben jedoch nicht - gegen den Druck der Veterinär-Lobby kommt sie vorerst nicht an. Um den Erfolg in Übersee zu wiederholen, dürften auf die CBG und ihre Partner-Organisationen hiezulande also noch einige Arbeit zukommen.

MÜLLMAGAZIN

Fachzeitschrift für ökologische Abfallwirtschaft, Abfallvermeidung und Umweltvorsorge

„Wenn Sie Ihre Kenntnisse über Theorie und Praxis der ökologischen Abfallwirtschaft vertiefen möchten und an fundierten Informationen über Abfallvermeidung interessiert sind, dann ist das MüllMagazin für Sie eine unentbehrliche Informationsquelle.“

Die Fachzeitschrift **MÜLLMAGAZIN** ist eine anerkannte und maßgebende Fachpublikation für alle, die zu Fragen der betrieblichen und kommunalen Abfallvermeidung und -entsorgung beraten, planen und entscheiden.

- Die Leser des **MÜLLMAGAZIN** erfahren stets das Neueste über betriebliche und kommunale Konzepte und erfolgreiche Projekte zur Abfallvermeidung.
- Über wichtige Gesetzesvorhaben und Gerichtsentscheide, die die deutsche und die europäische Abfallwirtschaft betreffen, wird im **MÜLLMAGAZIN** regelmäßig berichtet.
- Praktikable Lösungen für den präventiven Umweltschutz werden von Fachleuten aus dem In- und Ausland im **MÜLLMAGAZIN** vorgestellt; Entsorgungskonzepte und -verfahren werden anhand ökologischer Kriterien beurteilt.



Mit dieser wichtigen Fachzeitschrift sind Sie bestens über umweltschutzrelevante Themen aus der Abfallwirtschaft, Politik und Forschung informiert. Machen Sie den Test: Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an!

ISSN 0934-3482

18. Jahrgang 2005.
Vierteljährlich

Rhombos-Verlag
Kurfürstenstraße 17
10785 Berlin

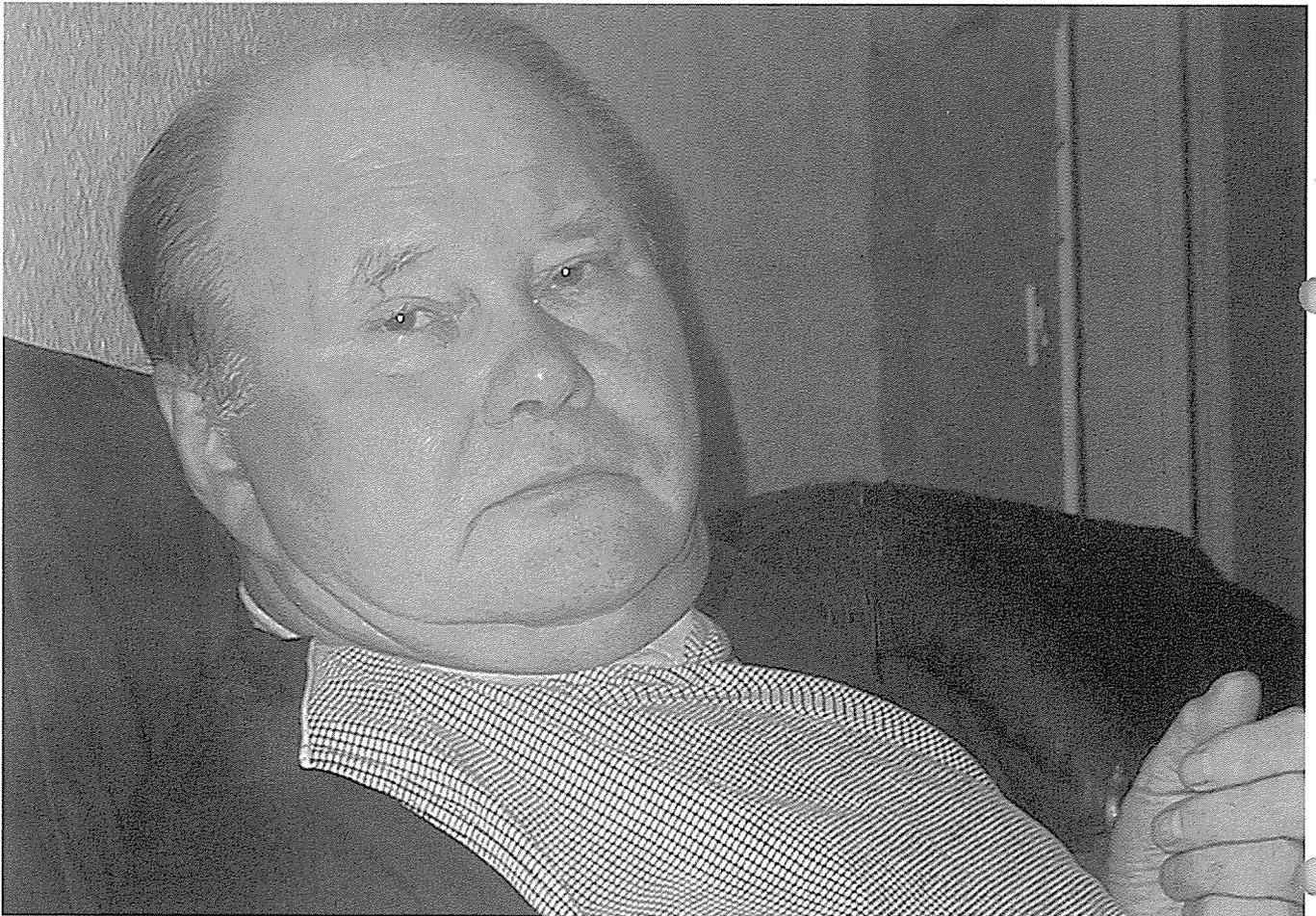
Mit Onlinezugang
für Abonnenten!

www.muellmagazin.de

www.rhombos.de

BAYERs Menschenversuche in Auschwitz

„Tiere sind teuer, aber Menschen kosten nichts“



BAYER-Opfer Eugen Muszynski

8-jährig kam Eugen Muszynski nach Auschwitz. Er musste dort als Zwangsarbeiter das IG-FARBEN-Werk in Buna mitaufbauen und sich Menschenversuchen mit BAYER-Präparaten unterziehen. Vom Leverkusener Multi hat er dafür nie eine Entschädigung erhalten. Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Agro-Riesen konfrontierte er die Vorstandsriege direkt mit seinem Schicksal. Aber BAYER-Chef Werner Wenning sah weiterhin keine Veranlassung, sich der Konzern-Vergangenheit zu stellen.

Von Jan Pehrke

Eugen Muszynski geriet als 8-Jähriger in das Konzentrationslager Auschwitz. Aber kein Massentransport brachte ihn in das KZ, ein Auto der Gestapo lieferte ihn ab. Er war weder Jude noch gehörte er einer anderen der bekannten Opfergruppen an. Sein „Verbrechen“ waren seine

Eltern. Die Gestapo nahm diese 1941 fest, weil sie Mitglied einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe waren. „Die Gestapo behandelte mich mit Samthandschuhen“, erinnert sich der heute 70-Jährige. Sie lockte ihn mit Kakao, Bonbons und Schokolade und setzte ihm dicke

Alben mit Fotos vor. Ob er jemanden darauf erkenne, fragten die Geheimpolizisten den Kleinen. „Ich kenne diesen Onkel, wir waren bei ihm“, antwortete der Junge arglos und zeigte noch auf viele andere Personen. Wenn er sich nach seinen Eltern erkundigte, hieß es nur, sie seien

auf Dienstreise. Von dieser sollten sie nie zurückkehren: Im Mai 1943 verurteilte der Volksgerichtshof das Ehepaar Muszynski wegen Hochverrates zum Tode.

Als die Beamten Eugen abgeschöpft hatten, übergaben sie ihn dem Lebensborn, der Kinderzuchtanstalt der SS. Dort durften die Zöglinge noch nicht einmal über Vater und Mutter reden. Aber das Kind konnte an nichts anderes denken. Er wandte sich an einen Leidensgenossen: „Weißt Du was, wir gehen jetzt unsere Eltern suchen!“ und scharte schnell eine ganze Gruppe um sich. Sie kam gerade mal ein bis zwei Kilometer weit, bis die NS-Pädagogen sie wieder einfingen. Die Unruhe verließ den kleinen Eugen Muszynski jedoch nie, weshalb er bald als unverbesserlicher Querulant galt. Seine Strafe hieß schließlich: Auschwitz.

Dort angekommen, steckten die Nazischergen den Jungen in den gestreiften Drillich und beorderten ihn als Zwangsarbeiter nach Monowitz, wo die von BAYER mitgegründete IG FARBEN ein großes Werk baute. Den Belastungen war das Kind kaum gewachsen. „Auch die Hilfsarbeit war für mich zu schwer“, sagt Eugen Muszynski. Dazu mussten die Gefangenen noch die Willkürakte der SS-Männer

erdulden. Ein Aufseher machte sich einen Ulk daraus, während der Zubereitung der Mahlzeiten in den Kochtopf zu urinieren. Wenn er den KZ-Häftlingen dann später beim Essen zusah, amüsierte er sich ein zweites Mal köstlich. Andere zitierten gern einen Sklavenarbeiter zu sich, warfen ihre Mütze weg und warteten auf das „Apportieren“. Das brachte die KZ-Opfer in eine verzweifelte Zwangslage. Folgten sie der Aufforderung, so hatten sie sich von ihrem Arbeitsplatz entfernt, worauf

„Es tut mir wirklich leid, dass ich nicht in der Lage bin, Eugen Muszynski (...) aus der Arbeitspflicht zu befreien.

Bitte, verstehen Sie, auch die Arbeit für das Vaterland ist die allgemeine Pflicht unseres Volkes. Heil Hitler!“

die Todesstrafe stand. Folgten sie der Anweisung aber nicht, konnte sie der Wachmann wegen Befehlsverweigerung erschießen. Egal, wofür sie sich letztendlich entschieden, viele überlebten das Todesspiel nicht. Die Nazis liebten es, die KZ-Insassen durch solch abgründige Späße zu verhöhnen und zur Verzweiflung

zu treiben. So spielte im Morgengrauen zum Ausrücken auf die Baustelle stets ein Orchester auf, das die Gefangenen am Abend auch wieder empfing, wenn sie mit den am Tag Gestorbenen im Schlepptau zurückkehrten. „Tod mit Musik“ - das ist deshalb für Eugen Muszynski die Quintessenz von Auschwitz.

Um dem Jungen wenigsten einen Teil dieser körperlichen und geistigen Höllenqualen zu ersparen, wandte sich eine Bekannte seiner Mutter im Dezember 1942 an das IG-Vorstandsmitglied Dr. Max Ilgner. In einem Brief bat sie ihn inständig, Eugen die Zwangsarbeit zu ersparen. Aber Ilgner kannte kein Erbarmen. „Es tut mir wirklich leid, dass ich nicht in der Lage bin, Eugen Muszynski (...) aus der Arbeitspflicht zu befreien. Bitte, verstehen Sie, auch die Arbeit für das Vaterland ist die allgemeine Pflicht unseres Volkes. Heil Hitler!“

Die IG FARBEN hat den Jungen dann sogar noch einem weiteren Martyrium unterworfen. Der BAYER-Konzern, dessen Name laut der offiziellen Unternehmensgeschichte „Meilensteine“ „zum Markenzeichen der I.G.-Pharmazie“ wurde, hat nämlich Menschenversuche mit Eugen Muszynski durchgeführt. Der seit 1938



jW- F E S T L E S E W O C H E N

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* für drei Wochen testen. Das Testabo endet automatisch.

Vorname

Name

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon

E-Mail

Es gibt sie, die Alternative zu bürgerlichen Printmedien:

Die parteiunabhängige marxistische Tageszeitung *junge Welt*. Vor zehn Jahren wurde ihr Erscheinen eingestellt. Nach acht Tagen gelang es, die jW wieder herauszugeben – in Eigenregie der Belegschaft. Zur ökonomischen Unterstützung wurde damals die Genossenschaft LPG *junge Welt* e.G. gegründet, die mittlerweile Herausgeberin und Mehrheitseigentümerin der Zeitung ist. Gute Anlässe, Ihnen völlig unverbindlich ein dreiwöchiges Testabo zu schenken. Das endet automatisch, also ohne daß Sie es abbestellen oder kündigen müssen. Bezahlt wird Ihr Testabo von den Leserinnen und Lesern der *jungen Welt*. Allerdings: Danach hätten wir einige Fragen an Sie. So wüßten wir gerne, was Ihnen an der *jungen Welt* gefallen hat und was nicht. Und ob Sie sich vorstellen könnten, die *junge Welt* zu abonnieren. In den drei Festlesewochen werden Sie eine Reihe guter Gründe dafür erfahren. Denn wir wollen Sie nicht mit einem schicken Staubsauger oder einer tollen Kaffeemaschine überzeugen, sondern mit diesem dreiwöchigen Testabo einer gut gemachten, unverwechselbaren linken Tageszeitung.

Weitere Informations- und Bestellmöglichkeiten:

- ◆ www.jungewelt.de
- ◆ 0 30/53 63 55-80

beim Pharmariesen arbeitende und 1941 zur Wehrmacht abgestellte, aber immer noch auf der Gehaltsliste des Konzerns stehende Dr. Hellmuth Vetter hat den kleinen Eugen in Auschwitz mit dem Typhus-Erreger infiziert, um das in Leverkusen entwickelte Gegenmittel B 1034 zu erproben. Die Suche nach einem geeigneten Impfstoff war militärisch von einiger Bedeutung, da sich die Krankheit an der Ostfront in den besetzten Gebieten ausbreitete, auf die Truppen überzugreifen und die Wehrkraft zu zersetzen drohte.

Eugen Muszynski und den anderen menschlichen Versuchskaninchen sagte Dr. Vetter lediglich, sie erhielten ein Mittel „zur Stärkung“. Die „Stärkung“ sorgte bei Eugen sofort für einen heftigen Fieberschub und löste eine Ohnmacht aus. Hätten sich unter den Häftlingen nicht Ärzte befunden, die sich selbstlos um den Jungen kümmerten, so wäre er gestorben. Eine zweite Spritze, für die der 8-Jährige ursprünglich vorgesehen war, hätte er aber trotz ihrer Hilfe nicht überlebt. Nur durch einen Zufall blieb sie ihm erspart. „Diese eine Spritze hat mir mein Leben schon so kaputt gemacht, dass ich bis heute krank bin“, sagt der alte Mann bit-

ter. Von Herz-Kreislauf-Problemen und Diabetes über chronische Bronchitis und Magenkrankungen bis zu seelischen

„7.500 Euro Entschädigung. Kann man das überhaupt Entschädigung nennen? Ein Abteilungsleiter von BAYER verdient das in einem Monat, und ich habe das für drei Jahre KZ erhalten, für pseudomedizinische Versuche, (...) für umgebrachte Eltern, für das Verpfuschen meines ganzes Lebens, für die Vernichtung meiner Kindheit!“

Störungen wie dem posttraumatischen Belastungssyndrom reicht die Liste seiner Leiden.

Weder die heftigen „Nebenwirkungen“ und zahlreichen Todesfälle noch die absolute Wirkungslosigkeit des B 1034 hemmten Veters Forschungsdrang. „Er hat Lust gehabt, mit uns zu spielen, und er hat gespielt“, so Eugen Muszynski. Immer wieder forderte Vetter Nachschub an. „Ich bitte Sie auf jeden Fall bereits jetzt, den Versand von 20.000 Tabletten à 0,25 Gramm und 5.000 Ampullen à 1

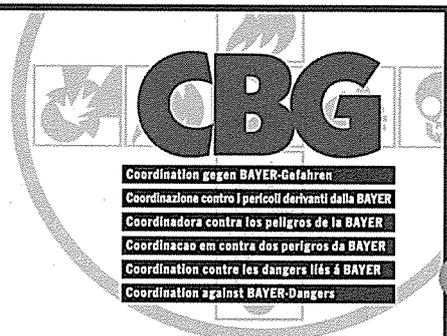
Gramm B 1034 nach Auschwitz zu veranlassen“, schrieb er im April 43 an BAYER. Einen Monat später erstattete er der Pharmazie-Schaltzentrale der IG in Leverkusen persönlich Bericht über seine Experimente. Obwohl er offen über die Todesopfer und den ausbleibenden Heilerfolg sprach, schickte ihm der Konzern weiter B 1034 und andere Substanzen. Er konnte Muszynski zufolge nach Belieben schalten und walten, denn „Tiere sind teuer, aber Menschen kosten nichts“. Begeistert schrieb Hellmuth Vetter deshalb seinen BAYER-Kollegen: „Beim Vergleich mit der jetzt hinter mir liegenden Zeit komme ich mir hier wie im Paradies vor“. Den KZ-Häftlingen aber bereitete er in Tateinheit mit anderen Medizinern die Hölle auf Erden. „Die SS-Ärzte Dr. Richter und Dr. Vetter mordeten kranke Häftlinge nahezu bis zum letzten Tag der Dauer des Lagers ...“, schreibt Hans Marsalek in seiner Buch „Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen“. Den Leverkusener Pharmariesen hinderte das 1946 nicht, Vetter ein gutes Zeugnis auszustellen. „Herr Dr. Vetter hat seinen Aufgabenkreis mit guter Sachkenntnis und energisch angefasst. Er befriedigte uns in seinen

Mit BAYER-Aktien gegen Konzernwillkür

Mit den Aktien-Stimmrechten vieler KleinaktionärInnen konfrontieren wir Vorstand, Aufsichtsrat und die Öffentlichkeit mit den Kehrseiten der BAYER-Gewinne: Umweltzerstörung, Verletzung von Menschenrechten, sozialer Kahlschlag, Ausbeutung, politischer Machtmißbrauch.

Falls auch Sie BAYER-Aktien besitzen, überlassen Sie die Stimmrechte nicht den Banken. Übertragen Sie Ihre Stimmrechte uns. Treten Sie mit uns ein für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Menschenrechte.

**Informationen
abfordern, jetzt!**
CBGnetwork@aol.com



**Spenden.
STICHWORT BAYER
abonnieren.
Mitglied werden.**

Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf
Fon 0211-33 39 11 Fax 0211-33 39 40

www.CBGnetwork.org

Wegen unseres konsequenten Widerstands gegen KonzernMacht wird uns jede Förderung verweigert. Wir setzen gegen die Macht des Konzerns die Solidarität der Menschen. GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
- Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30 Euro im Jahr
- Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten).
Mein Beitrag soll betragen Euro im Jahr
Bitte abbuchen monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich
- Ja, ich spende Euro
- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.

Name, Vorname			
Straße, Nr.		PLZ, Ort	
Fon/Fax		Konto-Nr.	
Bankleitzahl		Geldinstitut	
Datum/Unterschrift		Beruf	
Geburtsjahr			
eMail			

Für Abo, Beitrag und/oder Spende nebenstehende Lastschrift ausfüllen.



Die Kinder von Auschwitz

Leistungen vollkommen“, heißt es dort. Das amerikanische Militärgericht kam zu einem anderen Urteil und sprach im August 1947 das Todesurteil aus.

Eugen Muszynski ist nach der Befreiung in Polen geblieben. Der damals 10-Jährige hatte auch keine andere Wahl: „Nach mir hat niemand gefragt“. Er wuchs in einer Einrichtung des Militärs auf, machte Abitur, studierte Medizin und praktizierte als Arzt. Aber ein richtiger Pole wurde der „Sauerkraut“ nie. Als der Mediziner sich 1968 an den Studentenprotesten beteiligte, verhaftete die Polizei ihn. „Ich sollte dahin gehen, wo ich hingehörte“, so Muszynski. Er ging in die USA, fühlte sich jedoch auch dort nicht zugehörig. So kam Eugen Muszynski 1982 nach Deutschland.

Er hatte seine KZ-Zeit zwar nie vergessen, aber durch seine jetzt beginnenden Erfahrungen mit dem NS-Nachfolgestaat holte ihn seine Vergangenheit doch

in unerwartet massiver Form ein. Die Bundesrepublik verweigerte dem mittlerweile in Bonn lebenden Eugen Muszynski die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und erteilte ihm keine Arbeitserlaubnis. Sein Antrag auf Einbürgerung läuft bereits seit zwei Jahren. Obwohl der Arzt alle Hebel in Bewegung setzte, um in den Kriegswirren verschollene Dokumente zu beschaffen, reichten den Behörden die Belege nie. Nicht einmal markante Narben akzeptierten sie als eindeutiges Identitätsmerkmal. „Sie bekommen nie die deutsche Staatsangehörigkeit!“, sagte ihm ein Beamter einmal auf den Kopf zu. Auf die Gegenfrage: „Warum?“, antwortete er knapp: „Weil ich es sage“. Eugen Muszynski hat für dieses Verhalten nur eine Erklärung: „Ich vermute, es hat ihm schon gereicht, als er vom KZ, von Auschwitz und vom Hochverrat meiner Eltern hörte“.

Die verweigerte Staatsangehörigkeit

ist für den alten Mann mit großen finanziellen Einbußen verbunden. Das Sozialamt hat seine vom polnischen Staat gezahlte, 270 Euro hohe Rente für KZ-Opfer in seine Altersgrundsicherung eingerechnet, weshalb er nur 730 Euro zum Leben hat. Da er nicht gesetzlich krankenversichert sein kann, muss er davon die Kosten für medizinische Behandlungen und Medikamente tragen. Wofür das Geld nicht reicht: Statt der erforderlichen vier Dosen Insulin am Tag kann Eugen Muszynski sich nur jeden zweiten Tag Spritzen leisten. „So leben ehemalige KZ-Häftlinge in Deutschland“, sagt er bitter.

Mitte der 90er Jahre begann Muszynski Briefe an BAYER mit der Bitte um eine Entschädigung für die grausamen Menschenversuche zu schreiben. Die förmliche Antwort lautete: „Auf ihr neuerliches Schreiben vom 21.12.1995 teilen wir ihnen mit, dass jedenfalls nicht die BAYER AG für die von ihnen beschriebenen Verfehlungen verantwortlich ist“. Der Agromulti konzedierte lediglich: „Unbestritten ist die kollektive Schuld, die mit den tragischen Ereignissen der nationalsozialistischen Diktatur und des Weltkrieges in Zusammenhang steht“. Einzig im Kollektiv mit anderen Unternehmen war der BAYER-Konzern später dann zumindest symbolisch bereit, seiner moralischen Verpflichtung gegenüber den ZwangsarbeiterInnen nachzukommen. Ohne die Angst vor einem den Absatz in den USA gefährdenden Imageschaden wäre der Entschädigungsfonds der deutschen Wirtschaft allerdings nie zustande gekommen. 7.500 Euro erhielt Eugen Muszynski aus diesem Topf - aber wiederum erst nach einer entwürdigenden Odyssee durch bundesdeutsche Amtsstuben. „Ich habe den Fonds verflucht“, sagt der Rentner deshalb, „Alles zu erklären - das hat mir gesundheitlich mehr geschadet und mir mehr Probleme bereitet, als das Geld aufwiegen kann“.

Die Summe selbst bezeichnet er als blanken Hohn: „7.500 Euro Entschädi-



**Mehr als
25.000
Zugriffe
in der
Woche.**

www.CBGnetwork.org →

gung. Kann man das überhaupt Entschädigung nennen? Ein Abteilungsleiter von BAYER verdient das in einem Monat, und ich habe das für drei Jahre KZ erhalten, für pseudomedizinische Versuche, (...) für umgebrachte Eltern, für das Verpfuschen meines ganzes Lebens, für die Vernichtung meiner Kindheit!"

Aber seine Verbitterung macht sich nicht an der Höhe des Betrages fest. „Das Geld ist nicht so wichtig. So etwas wie eine moralische Unterstützung - das gibt es hier nicht. Ein bisschen Geld und Hass noch dazu“, empört sich Eugen Muszynski.

Eine moralische Unterstützung gab es für ihn auch auf der diesjährigen BAYER-Hauptversammlung nicht, wo er als Vorsitzender des VERBANDES DER IM KINDESALTER INHAFTIERTEN FRÜHEREN HÄFTLINGE DER NATIONALSOZIALISTISCHEN KONZENTRATIONSLAGER eine Gegenrede hielt. Nach ein paar pflichtschuldig geäußerten Worten des Bedauerns über Muszynskis trauriges Schicksal war BAYER-Chef Werner Wenning bald wieder bei der offiziellen Sprachregelung „BAYER ist kein Rechtsnachfolger der IG

FARBEN“ angelangt. Darüber hinaus besaß er noch die Kühnheit, die willigen

„Das Geld ist nicht so wichtig. So etwas wie eine moralische Unterstützung - das gibt es hier nicht“

Mediziner in Konzern-Diensten von jeglicher Mitschuld an den Menschenversuchen freizusprechen, indem er auf die Freisprüche im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß verwies, die allein dem Feindbildwechsel in den Zeiten des Kalten Krieges geschuldet waren. Über den Kollegen Vetter verlor er selbstverständlich auch kein Wort. Aber mit Menschen vom Schlage Wennings hat der alte Mann sowieso abgeschlossen. Beistand erhält er nur von jungen AntifaschistInnen, engagierten JournalistInnen und Initiativen wie der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG). Deshalb setzt das KZ-Opfer auf die kommenden Generationen. „Deutschland wird sich ändern. Da brauchen wir vielleicht noch die nächsten 50 Jahre“, meint Eugen Muszynski. Hoffentlich täuscht er sich nicht.

O-Ton BAYER



„Die DDR-Chemie machte Ende der 80er Jahre umgerechnet etwa elf Milliarden Euro Umsatz. Nach der Umstrukturierung liegen wir jetzt in den neuen Bundesländern wieder bei etwa elf Milliarden. Nur macht die Chemie-Branche die elf Milliarden jetzt mit 35.000 Leute, und früher waren es 350.000.“

Kapitalistische Wirtschaft = sozialistische Wirtschaft minus Arbeitsplätze - auf diese Formel brachte es Georg Frank, der Geschäftsführer der Bitterfelder BAYER-Niederlassung in einem Interview mit der Leipziger Volkszeitung.

Geldanlage mit Erfolg und Wirkung

Kein Geld für Konzerne und Banken.



UMWELT FONDS

LEBEN STATT PROFIT

Schweidnitzer Straße 41 Fon 0211- 26 11 210
Postfach 15 04 18 Fax 0211- 26 11 220
40081 Düsseldorf

Ja, ich will
Ja, ich will Geld zielorientiert anlegen:

Name _____

Straße _____

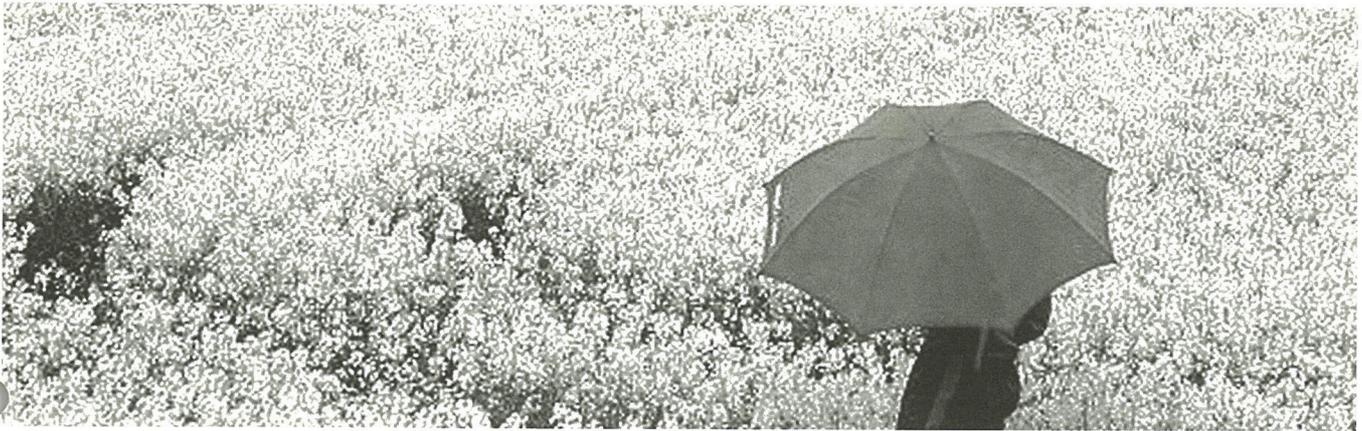
PLZ, Ort _____

Fon, Fax _____

E-Mail _____ Alter _____

MONSANTO und BAYER sollen für Gen-Kontamination haften

BiolandwirtInnen klagen



In Kanada haben sich Öko-LandwirtInnen zu einer Sammelklage gegen BAYER und MONSANTO entschlossen, weil sie ihre Existenzgrundlage gefährdet sehen. Der Laborraps der Konzerne kreuzt sich nämlich in ihre Pflanzen ein und macht diese damit zu Ladenhütern.

Von Philipp Mimkes

Der Gerichtshof des kanadischen Bundesstaats Saskatchewan hat eine Sammelklage von rund 1000 Biobauern und -bäuerinnen gegen die Konzerne MONSANTO und BAYER CROPSCIENCE zugelassen. Die LandwirtInnen fordern Entschädigungen für Einnahmeverluste, die durch die Kontamination ihrer Raps-Ernte durch genmanipulierte Sorten entstanden sind. Die KlägerInnen werden von der Umweltorganisation ORGANIC AGRICULTURE PROTECTION FUND unterstützt.

Larry Hoffman, einer der beiden Initiatoren der Klage: „Ein Landwirt wie ich kann es sich nicht leisten, gegen einen Konzern wie MONSANTO zu prozessieren, selbst wenn dieser meinen Lebensunterhalt gefährdet. Aber wenn wir uns in einer Sammelklage zusammenschließen, können wir diese Unternehmen mit gemeinsamer Kraft dazu bringen, für ihr Handeln zu haften“.

Genmanipulierter Raps wird in weiten Teilen Nordamerikas angebaut. Die gentechnische Veränderung bewirkt, dass der Raps gegen ein zugehöriges Herbizid resistent ist. BAYER und MONSANTO sichern hierdurch den Absatz ihrer Agrogifte. Genmanipulierte Raps-Pollen können jedoch

durch Wind und Insekten mehrere Kilometer weit getragen werden und herkömmlichen Raps bestäuben. In Nordamerika ist es daher praktisch unmöglich, genfreien Raps anzubauen. Konventionell arbeitende LandwirtInnen verlieren hierdurch ihre Exportmärkte, da in den meisten Teilen der Welt genfreier Raps nachgefragt wird.

Philipp Mimkes von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG): „Die

CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes: „Die unkontrollierte Ausbreitung von Gen-Pflanzen ist kein Unfall, sondern wird von Unternehmen wie BAYER und MONSANTO bewusst in Kauf genommen. Landwirte verlieren hierdurch die Möglichkeit, gen-freie Landwirtschaft zu betreiben“

unkontrollierte Ausbreitung von Gen-Pflanzen ist kein Unfall, sondern wird von Unternehmen wie BAYER und MONSANTO bewusst in Kauf genommen. Landwirte verlieren hierdurch die Möglichkeit, gen-freie Landwirtschaft zu betreiben. Die

Verbraucher sollen langfristig gezwungen werden, Gen-Pflanzen zu sich zu nehmen“. Auch in Australien kämpfen derzeit LandwirtInnen gegen die Verunreinigung ihrer Ernten durch Gen-Raps von BAYER. Im Juli mussten australische Raps-Lieferungen nach Japan wegen solcher Kontaminationen gestoppt werden.

Eine Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA) hatte im vergangenen Jahr für Raps ein hohes Auskreuzungsrisiko festgestellt. Gen-Raps kreuzt sich nicht nur mit normalen Raps-Pflanzen, sondern auch mit Rüben, Kohlrüben oder dem Schwarzen Senf. Kreuzen sich herbizidresistente Pflanzen mit konventionellen Ackerfrüchten, besteht die Gefahr, dass sich die Resistenzen übertragen.

Da Gen-Saat mehrere Jahre im Boden überdauern kann, vermögen sich solche Gen-Übertragungen über Jahre hinweg unkontrolliert fortzusetzen. In Kanada sind bereits Pflanzen entstanden, die gegen drei Herbizide gleichzeitig immun sind. Die kanadische Royal Society befürchtet daher, dass auswildernder, resistenter Raps zum größten Unkraut-Problem Kanadas wird. Deshalb unterstützt die CBG die Öko-FarmerInnen nach Kräften.

Grünes Licht für BAYERs Menschenversuche

Test the Pest



„Ich war ein Pestizid“

Seit Jahren drängt BAYER die US-amerikanische Umweltbehörde EPA, die Ergebnisse von Pestizid-Tests an Menschen bei den Zulassungsverfahren für Agrochemikalien zu berücksichtigen. Die Untersuchungen schätzen das Gefahrenpotenzial der Mittel nämlich deutlich niedriger ein als bisherige wissenschaftliche Arbeiten und müssten deshalb nach dem Kalkül des Leverkusener Multis zu einer Lockerung der Grenzwerte führen. Die EPA beugte sich schließlich dem Druck der Pestizid-Produzenten, obwohl eine jüngst veröffentlichte Studie bei den Menschenversuchen gravierende Verstöße gegen medizinethische Standards festgestellt hat.

Von Jan Pehrke

In den 90er Jahren hat BAYER in Schottland Menschenversuche mit Pestiziden durchführen lassen. 1998 forderte der Konzern von der US-amerikanischen Umweltbehörde EPA, die Studienresultate in die Prüfungen der Genehmigungsanträge für Ackergifte mit einzubeziehen. Dem Agroriesen zufolge haben sich die menschlichen Versuchskaninchen den chemischen Keulen gegenüber nämlich deutlich widerstandsfähiger erwiesen als von der Fachwelt erwartet, was für einfachere Verfahren und weniger scharfe

Grenzwerte spräche. Der EPA-Leiter Lee Thomas ging darauf jedoch nicht ein. Als „unethisch und unnötig“ bezeichnete er die Versuche, womit er nicht allein stand. Die Menschenversuche unterscheiden sich nämlich gravierend von normalen Arznteits. Bei den Agrochemikalien handelt es sich im Gegensatz zu Medikamenten um Gifte, vor ihrem zivilen Einsatz auf den Äckern taten sie auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs Dienst. Senfgas und Tabun erlangten dort zu trauriger Berühmtheit, weshalb Ver-

träglichkeitsprüfungen mit Pestiziden immer auch militärisch auswertbar sind. Einen Heilzweck verfolgen sie im Gegensatz zu Pharmazeutika jedenfalls nie. Damit verstoßen die Experimente von BAYER & Co. gegen den „Nürnberger Kodex“, der 1947 im Eingedenk des grausamen Treibens von Mengele und seinen Helfern in den KZs verabschiedet wurde und Menschenversuche strikt untersagt, wenn sie nicht dem „Wohl der Gesellschaft“ dienen. Der damalige US-Präsident Bill Clinton

stellte sich dann auch hinter Thomas. Er untersagte der EPA bis auf Weiteres eine Arbeit mit den aus Schottland oder anderswoher stammenden Daten und verkündete ein Moratorium. BAYER & Co entmutigte das nicht; unentwegt stritten sie weiter für die Akzeptanz ihrer Verträglichkeitsprüfungen. „Wir stehen (...) unter großem Druck seitens der Pestizid-Industrie“, sagte ein Sprecher der Behörde einem Journalisten der *Sunday Herald*. Mit dem Wahlsieg der Republikaner witterten die Chemie-Multis dann endlich Morgenluft, hatte George Bush die Entscheidungen der EPA doch immer wieder als zu industriefeindlich kritisiert. Aber selbst die von Bush auf den Chefsessel der Agentur gehievte Christie Todd Whitman hatte moralische Skrupel, die Menschenversuche zu akzeptieren. Weil sie auch sonst nicht ganz auf Parteilinie war, wurde sie schließlich gegangen. Jetzt erst begann das, was Mitglieder der demokratischen Partei als „new permissive policy“ bezeichneten: Die EPA erteilt den Konzernen die Lizenz zu fast allem. Ohne Scheu griff sie unter der neuen Führung bei der Beurteilung der Gefährlichkeit von Ackergiften auf die Ergebnisse der 24 inkriminierten Pestizid-Tests zurück. Drei dieser Versuche stammen direkt von BAYER, an

einem vierten war der Gen-Gigant indirekt als Mitglied im Verband der Chloropicrin-Hersteller beteiligt.

Nur die beiden demokratischen PolitikerInnen Waxman und Boxer mochten dem Treiben nicht tatenlos zusehen. Sie gaben eine Studie in Auftrag, die sich die Menschenversuche einmal genauer anschauen

„Im Bruch mit ethischen Standards haben die Experimente Menschen Schmerzen zugefügt, die Teilnehmer nicht genau über die Tests aufgeklärt, Nebenwirkungen verschleiert und eine den Anforderungen der Wissenschaft nicht genügende Methodik verwandt“, fasste Babara Boxer die Untersuchung zusammen.

sollte. Das Ergebnis war verheerend. „Im Bruch mit ethischen Standards haben die Experimente Menschen Schmerzen zugefügt, die Teilnehmer nicht genau über die Tests aufgeklärt, Nebenwirkungen verschleiert und eine den Anforderungen der Wissenschaft nicht genügende Methodik verwandt“, fasste Babara Boxer die Untersuchung zusammen.

Bei den BAYER-Tests mit dem Organo-

phosphat Azinphos-Methyl erlitten alle acht ProbandInnen Gesundheitsstörungen. Von Kopfschmerzen und Hustenanfällen über Brechreiz und Hautauschläge bis zu Unterleibsbeschwerden reichten die Symptome. Die zuständigen MedizinerInnen haben diese in ihrem Bericht zwar beschrieben, aber nicht etwa das Pestizid dafür verantwortlich gemacht, sondern andere Faktoren wie Virus-Infektionen oder Abmagerungskuren der TeilnehmerInnen. Mit diesem Täuschungsmanöver haben die ÄrztInnen nach Ansicht der AutorInnen der Studie in eklatanter Weise medizinische Standards verletzt. Es blieb nicht das Einzige. Die Verantwortlichen ließen die Versuchspersonen in dem Glauben, sie erprobten Medikamente und taten alles, um diesen Anschein zu erwecken. So verabreichten sie die Pestizide in Pillenform zum Frühstück mit einem Glas Wasser. Nur im Kleingedruckten fanden die TesterInnen Genaueres über die Versuchsreihen - ein klarer Verstoß gegen den für Experimente dieser Art geltenden Grundsatz des „informierten Einverständnisses“. Auch am beschränkten Teilnehmerkreis nahm die Untersuchung Anstoß, weil auf einer solch schmalen Basis erhobene Daten keine wissenschaftlich belastbaren Aussagen erlauben.

→

DAS FEMINISTISCHE BLATT

Forum für außerparlamentarische
Frauenpositionen

WIR FRAUEN

ist 24 Jahre jung, hat 300 Jahre Berufserfahrung
in 20 Berufen, sechs Kinder, z.T. erwachsen,
spricht fünf Sprachen, ist einsatzfreudig und hoch motiviert,
gut aussehend, wortgewandt, unabhängig und konsequent.

Peggy Parnass:

»Ich lese WIR FRAUEN, weil es amüsant,
informativ und ungewöhnlich ist.«



Jutta Heinrich: »Dieses kleine Heft ist ein zäher und beharrlicher Nager an den Festungen der Gegenwart. Und mit wenig Ideologie, vielmehr mit einem unbeirrbaren Gerechtigkeitsempfinden, hält WIR FRAUEN das Staunen offen, dass die Welt so ist, wie sie ist und sich überwiegend da verändert hat, wo das den Nutzern nutzt. Ich lese das obstinate HEFT, damit ich für ES schreiben kann.«

Die aktuellen Schwerpunktthemen:

- **Alter: Von der Greisin zu 50+** (Dez. '04)
- **60 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus** (März '05)
- **Konsum** (Juni '05)
- **Arbeit** (September '05)

WIR FRAUEN e.V.

Verein zur Förderung von Frauenpublizistik
Rochusstr. 43 · 40479 Düsseldorf
wirfrauen@reviera.de

Bitte mit vollständigem Absender und Tel.-Nr. versenden:

- Ich möchte ein Abonnement, 4 Ausg. jährl., für 15 €*
- Ich möchte das Förderabo, 4 Ausg. jährl., für 26 €*
- Ich möchte die Zeitschrift kennenlernen. Bitte schicken Sie mir 2 Ausgaben für 3 € in Briefmarken (liegen bei)

Datum und Unterschrift

Die Ausgaben erscheinen jeweils Anfang März, Juni, September und Dezember des laufenden Jahres.

* = Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht 6 Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt wird. Preis incl. Porto.

Impressum



STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
23. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
http://www.CBGnetwork.de
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. STICHWORT BAYER braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abonnement-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie STICHWORT BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.
Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mirkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000
BIC GENODEM1GLS
Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005
(1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWSt.)

STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll STICHWORT BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)

Die Erprobungen der Chemie-Multis verfolgten nur diesen einen Zweck: Mit den Giftgaben bis an die Schmerzgrenze zu gehen und zu beweisen, dass diese weit jenseits der bislang als noch verträglich angesehenen Dosen liegt. Darum wählte BAYER Azinphos-Methyl auch nicht zufällig aus. Dem Pestizid droht in den USA nämlich ein Verbot, und der Leverkusener Multi marschierte im vergangenen November mit den Testergebnissen im Gepäck zur EPA, um eine Grenzwert-Erhöhung um den Faktor 17 zu verlangen.

127 Studierende der University of California in San Diego mussten sich vier Tage lang über ein Stunde hinweg in einem geschlossenen Raum Chloropicrin-Strömen aussetzen, deren Konzentration den zulässigen Grenzwert um das Zehnfache überschritt

Aus den gleichen Motiven mussten sich bei den Menschenversuchen, die BAYER zusammen mit anderen Herstellern des Agrochemie- und Tränengas-Wirkstoffes Chloropicrin in Auftrag gegeben hat, 127 Studierende der University of California in San Diego vier Tage lang über ein Stunde hinweg in einem geschlossenen Raum Chloropicrin-Strömen aussetzen, deren Konzentration den zulässigen Grenzwert um das Zehnfache überschritt. Die Körper reagierten entsprechend. Da BAYER & Co. das geahnt hatten, rangen sie den ProbandInnen schon im Vorhinein schriftlich das Zugeständnis ab, auf Schadensersatzansprüche bei etwaigen Gesundheitsschäden zu verzichten. Wer das alles für 15 Dollar die Stunde auf sich nahm, hatte es dringend nötig. Nur arme Menschen, oftmals ethnischen Minderheiten angehörig, machten sich in San Diego freiwillig zu Versuchsobjekten. In Schottland rekrutierten sich die Pestizid-Schlucker ebenfalls aus der Gruppe der sozial Schwachen. Lynn Goldman, unter Clinton Vize-Chefin der EPA, befürchtet denn auch schon einen Elendstourismus der Konzerne in Sachen „Menschenversuche: „Sie könnten es in Pakistan, Bangladesh oder irgendwo anders in der Welt tun“.

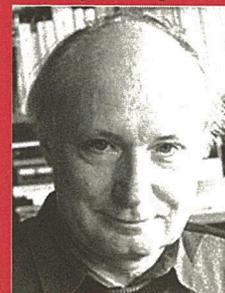
Die Veröffentlichung des Reports erregte großes Aufsehen. Der Kongress forderte die Umweltagentur auf, die Testergebnisse so lange nicht mehr weiter zu verwenden, bis sie Regularien für die Menschenversuche erarbeitet hat, die dem Nürnberger Kodex und den medizinischen Vorschriften der USA gerecht werden. Die

Institution fügte sich kleinlaut und gab überdies bekannt, Versuche mit Schwangeren und Kindern bei den Genehmigungsverfahren nicht länger zu berücksichtigen, wenn dafür keine überzeugende Indikation vorläge. Nicht nur wegen dieser Ausnahmebestimmung blieb Barbara Boxer skeptisch. Sie schrieb dem EPA-Leiter Stephen L. Johnson in einem Brief, der Behörde gelänge es damit nicht, „sicher zu stellen, dass Menschen, die zu den Gefährdetsten unter uns zählen, vor unethischen Tests der Industrie ausreichend geschützt sind“.

Entsprechend positiv reagierte der Pestizid-Verband von BAYER & Co. auf den Vorstoß der EPA. Als eine „klare Zurückweisung von Forderungen nach einem Nutzungsverbot der Pestizid-Daten, die aus Untersuchungen mit Freiwilligen stammen“ betrachtet „CropLife-America“-Sprecher Jay Vroom die Ankündigung der EPA. Er hat allen Grund, sich zu freuen. Wenn die Agentur wie angekündigt im nächsten Jahr ihre humanitär etwas nachgebesserten neuen Regeln für die Tests vorstellt, ist es um das seit 1947 geltende Tabu „Menschenversuche“ geschehen. Und der Leverkusener Multi, der während des Faschismus zu den Großkunden von Mengele & Co. zählte, gehört dann auch heute wieder zu den Hauptprofiteuren unmenschlicher Machenschaften.

Promis gegen Profit

„Gegenüber Gen-Mais Genfood und was Sie wollen ist mir jeder Einwand recht! Und gleichzeitig weiß ich, dass jeder Einwand folgenlos bleibt weil im Hintergrund ganz sicher nicht der



Kampf gegen den Hunger in der Dritten Welt steht, sondern die Profit- und Verteilungsinteressen der Produzenten. Man ist jetzt gerade dabei zu verfolgen, was Henry Kissinger vor Jahren sagte: „Wer die Nahrungsmittelproduktion kontrolliert, kontrolliert die Menschheit. Wirksamer als mit Waffen“.

Der Theologe Dr. Eugen Drewermann in einem Interview mit der Zeitschrift *Schat & Korn*.

Der Theologe Dr. Eugen Drewermann in einem Interview mit der Zeitschrift *Schat & Korn*.

JETZT ANMELDEN

www.CBGnetwork.org

JAHRES- TAGUNG 2005

Samstag, 12.11.2005
DÜSSELDORF
(ganztägig)

Konzern- macht und Sozialraub

**BAYER und Co. entfesseln
den Kapitalismus**

Kapitalismus und Sozialraub gehören zusammen. Unsere Jahrestagung soll Mut machen. Konkret, faktenreich und anschaulich.

JAHRESTAGUNG 2005

Samstag, 12. November 2005

**C
O
O
P
E
R
A
T
I
O
N**

- Bitte schickt mir weitere Informationen.
- Ich melde mich hiermit verbindlich an zur Jahrestagung 2005 der CBG (Tagesgebühr o. Übern. u. o. Verpfl. für Mitglieder 20 €, für Nicht-Mitglieder 30 €. Private Übernachtung auf Anfrage kostenfrei, preiswertes Hotel-Zimmer auf Wunsch. Ich bin Mitglied Ja Nein
- Ich möchte Mitglied werden (Jahresbeitrag mind. 60 €). Im Beitrag ist der Bezug des InfoMagazins STICHWORT BAYER enthalten.

Name _____

Adresse _____

Bank _____

BLZ _____

Kto.-Nr. _____

Unterschrift _____

Alter _____

Zurück an: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG, Postfach 15 04 18,
D-40081 Düsseldorf, Fon (0)2 11 - 33 39 11, Fax (0)2 11 - 33 39 40, eMmail CBGnetwork@aol.com



